

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
Leipzig  
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. -- Inserate werden nur gegen  
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 31.

Sonnabend, den 30. Juli 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Sozialpolitische Rückständigkeit. — Der Steinarbeiterschutz vor dem badischen Landtag. II. — Der Schwarzwaldbetrieb verlängert. — Mithliche Verhältnisse im Steinbildhauerberuf. — „Da habe ich mich mit Gottes Hilfe wieder einmal durchgelogen.“ — Korrespondenzen. — Das Kitten der Marmore. — Rundschau. — Literarisches. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Jahrestellen. — Adressenänderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage.** Der Steinarbeiterschutz in Preußen. — Konzentration im Baugewerbe. — Feuilletou: Einfache Methode des Abbaues in Steinbrüchen. — Die Schiffsabgaben und die Steinindustrie. — Korrespondenzen.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Steinbruch Obergarten bei Jannowitz. — Braunschweig: Sämtliche Betriebe. — Weinsberg: Firma Burren.

**Kürnbach-Verdingen.** Wegen dauernder Umgehung des Tarifvertrags legten die Kollegen bei der Firma Treutle die Arbeit nieder. Es kommen 22 Mann in Betracht.

**Ehlsbach.** Bei der Firma Pius Arnold ist es zu Lohn Differenzen gekommen. Die Akkordpreise sind ungenügend. Der Geschäftsführer Zeus glaubt die Reklamationen der Steinmehrer ignorieren zu können.

**Zwingenberg.** Die Pflastersteinarbeiter bei der Firma Rüh & Komp. stehen im Streik. Zugang ist fernzuhalten. Etwa im Obenwald um Arbeit nachsuchende Pflastersteinarbeiter mögen sich an die betreffenden Zustellenverwaltungen des Bezirks wenden.

**Egershausen.** Die Firmen Rühhardt, Dröger und Hils, Dolomitwerke, sind gesperrt.

**Strasbourg (Elsas).** Ueber die Aktiengesellschaft für Montierungsbau, Stuttgart, wurde infolge Lohn Differenzen die Sperre verhängt.

**Weihenstadt.** Während sich die Vereinigten Granit- und Spenitwerke in Wunsiedel zu Unterhandlungen bereit erklärten und uns eine entsprechende Vorlage unterbreiten wollen, läßt die Firma Kleemann & Sohn nichts von sich hören. Zugang der letzten Firma gegenüber ist streng fernzuhalten.

**Dürkheim und Neustadt.** Der Streik der Sandsteinarbeiter ist durch einen Tarifabschluß auf die Dauer von drei Jahren erledigt. Erreicht wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne für Steinmehrer von 55 auf 60 Pfg., für Brecher von 50 auf 55 Pfg. Die Steigerung verteilt sich auf drei Jahre.

**Königsberg.** Die Firma Eckart hat ihre Steinmehrer ausgesperrt. Zugang ist streng zu vermeiden.

**Unterfränkisches und badisches Muschellalgebiet.** Differenzen sind hier bei allen Firmen an der Tagesordnung und finden ihre Ursache in der wilden Akkordentlohnung. Unhaltbare Zustände sind vorhanden.

**Marielsweisch.** Die Bayerische Hartsteinindustrie-Aktiengesellschaft (Sitz Würzburg) maßregelte 21 Kollegen, weil sie einer öffentlichen Volksversammlung beiwohnten.

**Regenborn.** Bei der Firma Wiegand, Stadtsoldendorf, legten am 19. Juli die Steinmehrer und Stoßer die Arbeit nieder. Der Geschäftsführer Sonntag gibt sich alle Mühe, Arbeitswillige anzuwerben, aber bislang ohne Erfolg.

**Bausamholz.** Für die Keupersteinbrecher wurde ein Tarif abgeschlossen. Es konnte eine Lohnzulage von etwa acht Prozent erzielt werden. Der Tarif hat für 110 Kollegen Gültigkeit.

**Oesterreich.** Nach folgenden Orten ist Zugang zu vermeiden: Neu-Bistritz, Neuhaus, Krakau, Lemberg, Klagenfurt, Olmütz, Hodonin, Wien, Höhelsdorf, Thumeritz, St. Georgen, Linz, Saubsdorf, Ricklasdorf, Judmantel und Budapest.

**Schweiz.** Basel. Die Firma Uhlmann ist gesperrt.

## Sozialpolitische Rückständigkeit.

Das Reichsversicherungsamt hat ein Rundschreiben erlassen, durch das Tausende von Versicherten um eine Hoffnung ärmer geworden sind.

Die Versicherungsanstalten können nach den gesetzlichen Bestimmungen einen Teil der Einnahmen für das Heilverfahren aufwenden, sie können weiter einen Teil ihres Vermögens zur Errichtung von Arbeiterwohnungen zur Verfügung stellen. Die Versicherten haben auf diese Leistungen keinen Rechtsanspruch, ein Teil der Versicherungsanstalten hat aber von der eingeräumten Befugnis weitgehenden Gebrauch gemacht, dadurch die Hebung der Volksgesundheit in großem Maße gefährdet und viel zur Besserung der Lage der Versicherten beigetragen.

Die Gesundheit ist das einzige Gut des Arbeiters, sie ist zur Erhaltung der Erwerbsfähigkeit unbedingt erforderlich, während andererseits wieder eine gesunde Wohnung die unerlässliche Voraussetzung für die Erhaltung der Gesundheit ist. Die Versicherungsanstalten haben an der Erhaltung der Gesundheit der Versicherten ein doppeltes Interesse, weil sie in dem gesunden Arbeiter einen dauernden Beitragszahler haben und keinerlei Aufwendungen für ihn zu machen haben. Die Versicherungsanstalten werden durch die Tuberkulose stark belastet, sie haben erkannt, daß die Tuberkulose eine Wohnungsranke ist und daß sie, wenn sie den Kampf gegen die Tuberkulose führen wollen, in erster Linie für die Schaffung gesunder, hygienisch einwandfreier Wohnungen zu sorgen haben, daß sie Mittel zur Errichtung von Wohnungen zu niedrigem Zinsfuß zur Verfügung stellen müssen. Durch die Wohnungsfrage der Versicherungsanstalten im Zusammenwirken mit gemeinnützigen Baugenossenschaften kann ein Teil der Wohnungsfrage gelöst werden.

Die Wohnungsfrage ist einer der wichtigsten Teile der sozialen Frage. Die Wohnungsfrage ist für den Arbeiter ungemein wichtig, weil durch eine Mietpreiserhöhung, gegen die der Arbeiter nach dem heutigen Stande der Wohnungsfrage machtlos ist, jede Lohnerhöhung oft genug wieder illusorisch wird.

Die Wohnungsmiete ist in den beiden letzten Jahrzehnten sicher im gleichen Verhältnis gestiegen wie der Arbeitslohn; ein Ausgleich für die erhöhten Lebensmittelpreise ist durch die Lohnerhöhungen in vollem Umfang nicht erzielt worden, weil dem Arbeiter in den meisten Fällen die ganze Lohnerhöhung für die Wohnungsmiete abgenommen wurde. Durch diesen Umstand und durch die seit einigen Jahren bestehende Wohnungsnot wurde die Wohnungsfrage mehr und mehr in den Vordergrund gedrängt. Es wurden Baugenossenschaften gegründet, Staat und sozialpolitisch fortgeschrittenere Gemeinden versuchten der Wohnungsnot zu steuern, die Versicherungsanstalten haben Mittel zu mäßigem Zinsfuß zur Verfügung gestellt. Die Wohnungsnot konnte durch dieses Eingreifen zu mindesten abgeschwächt und gelindert werden.

Die Versicherungsanstalten konnten schon nach den Bestimmungen des alten Gesetzes ein Viertel ihres Vermögens für Einrichtungen hingeben, die der versicherungspflichtigen Bevölkerung überwiegend zugute kommen; hierzu gehören auch die Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse. Bei der Abänderung des Gesetzes im Jahre 1899 wurde eine Bestimmung in das Gesetz aufgenommen, nach der die Versicherungsanstalten die Hälfte ihres Vermögens in der obengenannten Weise anlegen können. Die Erhöhung des Betrags von einem Viertel auf die Hälfte wurde damit motiviert, daß zur Förderung der immer brennender werdenden Arbeiterwohnungsfrage die Aufwendung größerer Mittel erforderlich ist.

Die Versicherungsanstalten haben von dem erweiterten Recht teilweise recht ausgiebigen Gebrauch gemacht. Es wurden bis zum Schluß des Jahres 1909 insgesamt 280 1/2 Millionen Mark für Arbeiterwohnungswecke zur Verfügung gestellt, darunter im Jahre 1909 allein zirka 41 Millionen. Von den 280 Millionen Mark wurden an Genossenschaften, Gesellschaften und Aktienbauvereine 159 110 024 Mk., an Kommunalverbände, Gemeinden, Sparkassen und sonstige Anstalten 34 289 480 Mk., an Versicherte 54 916 245 Mk. und an Arbeitgeber 15 283 265 Mk., zusammen also über 263 1/2 Millionen Mark gegeben; zum Bau von Ledigenheimen, Herbergen, Gefellenhäusern usw. wurden 16 818 970 Mk. aufgewendet. Wenn man auch die letzteren Aufwendungen der Arbeiterwohnungsfrage nicht hinzurechnen kann, so sind doch über 263 Millionen Mark zum Bau von Arbeiterwohnungen aufgewendet worden. Diese Beträge wurden zu einem Zinsfuß von 2 bis 4 1/2 Prozent gegeben; es ist zu bemerken, daß der letztere Zinsfuß nur selten zur Anwendung kam, als am häufigsten angewandeter Satz wird der Zinsfuß von 3 Prozent in Betracht kommen.

Das Reichsversicherungsamt hat durch ein Rundschreiben vom 22. November 1909 die Versicherungsanstalten veranlaßt, Berichte und Uebersichten über die für Wohnungswecke aufgewendeten Mittel einzufenden. Diese Berichte wurden zusammengestellt und in den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts veröffentlicht. Das Reichsversicherungsamt hat aber aus der Zusammenstellung nicht die richtige Nutzenanwendung gezogen. Statt daß diejenigen Versicherungsanstalten, die jährlich lächerlich geringe Mittel für das Heilverfahren und für die Wohnungsfrage aufwenden, durch das Reichsversicherungsamt veranlaßt worden wären, mit ihren Mitteln nicht zu weit zurückzuhalten, kam ein erneutes Rundschreiben, in dem die Versicherungsanstalten allgemein angehalten werden, auf tunlichste Beschränkung aller durch das Invalidenversicherungsgesetz nicht unmittelbar vorgeschriebenen Ausgaben Bedacht zu nehmen. Zunächst wird auf die Verwaltungskosten hingewiesen und auf die Kosten des Heilverfahrens und im weiteren Text auf die Hinausgabe der Mittel für Wohnungswecke bzw. auf die Erhöhung des Zinsfußes auf 3 1/2 Prozent.

Soweit die Beschränkung der Verwaltungskosten in Frage kommt, hat sicher kein Versicherter etwas dagegen einzuwenden. Hier wäre die einzige Handhabe zum Sparen vorhanden. Die Beschränkung der Mittel für das Heilverfahren trifft aber die Versicherten schwer, und hier-

gegen müssen die Versicherten entschieden Protest erheben. Es ist schon eingangs auf den Zusammenhang des Heilverfahrens mit der Wohnungsfrage hingewiesen worden. Das Heilverfahren, zur richtigen Zeit eingeleitet, bewahrt den Versicherten vor dauerndem Siechtum, es befreit auch in vielen Fällen die Versicherungsanstalten von der Gewährung der Rente. Die Erhöhung des Zinsfußes ist ebenfalls eine sehr einschneidende Maßnahme. In Zukunft sollen Darlehen unter 3 1/2 Prozent nicht mehr hinausgegeben werden, und die unter 3 1/2 Prozent laufenden Darlehen sollen, soweit zulässig, gekündigt werden, wenn nicht eine anderweitige Vereinbarung zu den neuen Bedingungen getroffen werden kann. Das neuerliche Rundschreiben des Reichsversicherungsamts gibt zu ernten Bedenken Anlaß. Die Hinaussetzung des Zinsfußes auf 3 1/2 Prozent wird eine allgemeine Erhöhung der Zinsätze der Versicherungsanstalten mit sich bringen, so daß den Versicherten aus der Gewährung der Darlehen durch die Versicherungsanstalten keinerlei Vorteile mehr erwachsen, für sie überhaupt die ganze Wohnungsfrage der Invalidenversicherung bedeutungslos wird.

Was das Reichsversicherungsamt veranlaßt hat, dieses Rundschreiben zu erlassen und ob es die Berechtigung dazu hat, ist noch nicht festgestellt. Hoffentlich wird sich auch der Reichstag mit diesem Vorgehen noch beschäftigen, und unsre Genossen werden nicht versäumen, das Reichsversicherungsamt in seine Schranken zurückzuweisen.

## Der Steinarbeiterschutz vor dem badischen Landtag.

II.

Zwei Momente sind es, die vor allem aus der Debatte sich hervorheben, und einer kurzen Betrachtung wert sind. Zunächst gewinnt es nach den Ausführungen der Zentrumsredner den Anschein, als wenn mit der Petition ganz neue, über den Rahmen der bisherigen Bestimmungen weit hinausreichende Forderungen erhoben würden, die nur für Baden Gültigkeit haben und dessen Unternehmertum schwer belasten gegenüber den Unternehmern anderer Bundesstaaten. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Petition von Anfang bis Ende nichts fordert, als die Einhaltung und strikte Durchführung der jetzt schon bestehenden Bestimmungen. Diese haben nicht nur für Baden Gültigkeit, sondern für das ganze Reich. Der Unterschied ist nur der, daß die Durchführung dieser Bestimmungen in Baden die mangelhafteste ist unter allen Bundesstaaten. Von einer Benachteiligung der badischen Unternehmer bei strikter Durchführung der Bundesratsverordnung kann da wohl nicht gut gesprochen werden. Im Gegenteil, die bisherige systematische Umgehung der Schutzbestimmungen in der badischen Steinindustrie und das ungenügende Eingreifen der Behörden demgegenüber bedeutet in Wirklichkeit eine Begünstigung der badischen Unternehmer gegenüber den Unternehmern in den andern Bundesstaaten, in denen die gesetzlichen Bestimmungen peinlicher eingehalten werden müssen. Wo da eine gefährdete Konkurrenz der badischen Unternehmer herkommen soll, ist wohl nur allein den arbeiterfreundlichen Zentrumsvertretern ersichtlich. Daß die Verhältnisse in Baden erheblich ungünstiger liegen als in den meisten übrigen Bundesstaaten, ist in der Petition zahlenmäßig nachgewiesen. Die Unfallhäufigkeit ist die größte im ganzen Reich, die strafmäßigen Zusatzbeiträge der Berufsgenossenschaft wegen Verstoßen gegen die Unfallverhütungsvorschriften sind in Baden am höchsten, die Geldbußen aus dem gleichen Grunde sind ebenfalls außerordentlich erhebliche. Diese einzig in Baden nur in so abnormem Maße bestehenden ungünstigen Zustände auf ein normales Verhältnis, wie in den übrigen Bundesstaaten, herbeizuführen, ist der ausschließliche Zweck der Petition.

Im übrigen sei daran erinnert, daß die angeblichen Konkurrenzverhältnissen von jeder das Stedenpferd alles Feinde einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung waren. Handelte es sich um Reichsgesetze, so war es die Konkurrenz des Auslandes, handelte es sich um besondere Bestimmungen eines Bundesstaates, so war es die Konkurrenz der andern Bundesstaaten, die der Durchführung sozialer Gesetze angeht im Wege stand. Bei der Frage der Arbeitslosenversicherung können wir eine ähnliche Stellungnahme der bürgerlichen Parteien beobachten. Kommune, Bundesstaat und Reich werden je nach Bedarf als Träger der Versicherung in den Vordergrund gehoben. Immer, um zu beweisen, daß die Körperschaft, der die jeweiligen Gegner der Arbeitslosenversicherung angehören, zur Durchführung derselben ungeeignet ist. So geht es bei allen Arbeiterschutzgesetzen solange, bis die Arbeiterchaft sich durch ihre Organisationen in den maßgebenden Gebieten selbst geholfen hat. Dann kommen Regierung und bürgerliche Parteien und sanktionieren huldvollst die Errungenschaften der Arbeiter durch Gesetz. Allen voran in dieser Taktil ist das Zentrum.

Im weiteren wurde versucht, den Arbeitern einen erheblichen Teil der mangelhaften Durchführung der Bundesratsverordnung aufzubürden. Woher die Ankläger der Arbeiter ihre Kenntnis dieser Beschuldigung bezogen haben, ist uns unbekannt. Soweit organisierte Arbeiter in Frage kommen, können wir diese Behauptung ohne weiteres als unzutreffend bezeichnen. Möglich bleibt, daß in unorganisierten Orten Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Uns erweckt es aber den Eindruck, als wenn die Ankläger der Arbeiterchaft sich ihre erhobenen Vorwürfe nicht recht überlegt hätten. Ein Verschulden der Arbeiter ist nur gegen eine einzige Bestimmung der Bundesratsverordnung möglich. Das ist die Arbeitszeit, und ein Ueberschreiten derselben kann nur mit Zustimmung der Unternehmer erfolgen. Es wird aber in den überwiegend meisten Fällen von diesen mit allen Mitteln gefördert. Gegen welche sonstige gesetzliche Bestimmung ist aber noch ein Verschulden der Arbeiter denkbar? Will man eine Schuld der Arbeiter konstruieren, wenn keine Unterlunksträume vorhanden sind? Oder keine Arbeitsbuden, keine Aborte, wenn der Schutt nicht täglich entfernt wird, wenn kein Trinkwasser vorhanden ist usw.? Die Verschuldungsmöglichkeit der Arbeiter ist eine so geringe, daß sie angesichts der der Unternehmer nicht erwähnenswert ist.

Die steht es aber mit der notwendigen Unterstützung der Aufsichtsbehörden durch die Arbeiter? Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß jeder Arbeiter, wie überhaupt jeder Mensch, bestrebt ist, von den ihm günstigen Einrichtungen und Bestimmungen den größtmöglichen Gebrauch zu machen. Dies ist auch von den Arbeitern in bezug auf die Bundesratsverordnung getan worden. Unsere organisierten Berufskollegen haben überall mit allen zu Gebote stehenden Mitteln im Rahmen der Möglichkeit versucht, die gesetzlichen Bestimmungen Anerkennung zu verschaffen. Einmal direktes Vorgehen mit Unterstützung der Organisation, zum andern durch Anrufung der betreffenden Behörden. Allmählich hat aber der Eifer der Kollegen in bezug auf Benachrichtigung der Behörden von Verstoßen allerdings nachgelassen. Die Gründe dafür sind mannigfach. Soweit es sich um Eingaben an die Fabrikinspektion handelt, verstreicht in den meisten Fällen so lange Zeit bis zur Revision, daß mittlerweile in den Betrieben ganz andre Verhältnisse herrschen als zur Zeit der Eingabe. Findet aber auch eine Revision rechtzeitig statt, so verstehen es die den Aufsichtsbeamten begleitenden Unternehmer oder Werkmeister zu gut, diesen um alle Anstöße erregenden Stellen herumzuführen. Den Arbeitern ist im Beisein der Unternehmer oder dessen Stellvertreter jede Möglichkeit genommen, ihre Wünsche und Beschwerden vorzubringen oder den Beamten auf bestehende Mißstände aufmerksam zu machen. Vielfach ist auch die bevorstehende Revision schon signalisiert. Es ist erklärlich, daß dann mit bewundernswürdigem Eifer alles noch notdürftig hergerichtet wird. Der Erfolg der Unterstützung der Behörden durch die Arbeiter ist unter diesen Umständen ein so fraglicher, daß die Arbeiter diesen Weg der Durchführung der Bundesratsverordnung weniger aussichtsreich halten als die Selbsthilfe der Organisation.

Dazu kommt ferner noch, daß bei wirklich festgestellten Verstößen die Strafen so lächerlich gering sind, daß es die Unternehmer lieber auf eine oder mehrere Verstrafungen ankommen lassen. Sie kommen dabei meist immer noch billiger weg, als wenn sie die vorgeschriebenen Einrichtungen schaffen. Wo aber wirklich seitens der Arbeiter eine Unterstützung der Behörden stattfindet, ist das Risiko gegenüber dem zu erwartenden Erfolg ein sehr großes. Kein Unternehmer ist an genehm beherrschbar, wenn ihm in bezug auf ordnungsgemäße Durchführung der Schutzbestimmungen auf die Finger gesehen wird. Merkt er, daß die Arbeiter der treibende Keil sind, so wehe denen. Direkt oder indirekt wird der Betreffende geschurigelt oder auch offen hinausgeworfen. Bedauerlich ist es, wenn den Unternehmern gar der Name eines Beschwerdeführers von den Aufsichtsbeamten genannt wird, wie dies in Freiburg durch einen Schutzmännchen geschah. Durch solche Vorkommnisse wird die Neigung der Arbeiter zur Unterstützung der Behörden nicht erhöht. Diese Auffassung der Arbeiter soll mit vorstehendem nicht aufgegeben werden, aber sie wird erklärlich und findet ihre Ursache zum Teil in der Schuld der Behörden und den bestehenden Verhältnissen. Die vermeintliche Schuld der Arbeiter schrumpft nach vorstehendem auf ein unbedeutendes Maß zusammen. Wo Ueberschreitungen der Arbeitszeit vorgekommen sind, da sind diese meist unter brutalem Druck der Unternehmer erfolgt. Unsere Kollegen mögen sich aber die in der Kammer erfolgten Vorwürfe merken und in Zukunft noch mehr über die Durchführung der Bestimmungen der Bundesratsverordnung wachen.

Betrachten wir das Gesamtergebnis der Verhandlungen des Landtages, so können wir mit demselben unter Berücksichtigung der Verhältnisse zufrieden sein. Von allen Seiten wurde anerkannt, daß die Schädigungen der Berufsarbeit der Steinarbeiter so außerordentliche sind, daß demgegenüber alles angewendet werden muß, um diese tunlichst zu mildern. Die unersetzlich vorgeschlagenen Mittel zur Durchführung der bestehenden Schutzvorschriften wurden in ihren wichtigsten Teilen mit Mehrheit der Regierung zur Durchführung empfohlen. Es kann der Erwartung Raum gegeben werden, daß die Regierung dem Beschluß der Volksvertretung Rechnung trägt. Als nächste Folge der Verhandlungen ist mit Sicherheit eine schärfere Ueberwachung der gesetzlichen Bestimmungen zu erwarten. Ist dies der Fall, so ist ein wesentlicher Teil unseres erstrebten Zwecks erreicht. Nicht Schifane gegen die badischen Unternehmer war unser Zweck, sondern Durchführung der zum Schutze der Steinarbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Wir erwarten, daß auf diesem Gebiete in Zukunft eine Besserung eintritt.

Zeitgenossen muß aber werden, daß es allein dem christlichen Zentrum vorbehalten blieb, sich gegen die selbstverständlichen Wünsche der Steinarbeiter zu wenden. Angeblich wegen der Konkurrenzfähigkeit (sprich: Profitgier) des Unternehmertums. Den christlichen Arbeitern mag dies eine Lehre sein. Zum andern aber ist es immer und immer wieder allein unser Zentralverband, der eifrig bestrebt ist, die Interessen der Steinarbeiter in jeder Beziehung zu vertreten. Unsern Abgeordneten, die sich unserer Sache mit so viel Wärme angenommen haben, sei an dieser Stelle der Dank der Arbeiterschaft erstattet.

### Der Schwarzwaldtarif verlängert.

Nachdem im Jahre 1905 in der Schwarzwälder Granitindustrie nach heftigem sechsmonatigen Ringen um den Abschluß eines Tarifvertrages ein Erfolg auf Seiten der Arbeiter nicht verzeichnet werden konnte, gelang es im Jahre 1908, auf friedlichem Wege mit den Unternehmern einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Im Prinzip waren die Unternehmer damals bereit, einen Vertrag mit uns zum Abschluß zu bringen, doch erklärten sie unsere Vorschläge für die Bemessung der Arbeitslöhne als unannehmbar. Ihre vorgelegten Gegenentwürfe bedeuteten eine erhebliche Reduzierung der damaligen Löhne. Die bitteren Lehren des „Sieges“ von 1905 mochten aber für die Unternehmer noch so nachhaltig in Erinnerung stehen, daß es nach wiederholten und langwierigen Verhandlungen gelang, den Vertrag unter Dach zu bringen. Der Abschluß brachte für unsere Kollegen beachtliche Fortschritte in der Festsetzung der Affordpreise. Der Schwerpunkt des Erreichten lag aber in der Einheitlichkeit der Löhne bei all den vielen kleinen in Betracht kommenden Unternehmern in den Amtsbezirken Achern, Bühl und Oberkirch.

Die bei allen Neuabschlüssen von Tarifverträgen und besonders von umfangreichen Affordtarifen, zeigten sich in der Praxis auch im Schwarzwaldtarif verschiedene Mängel und Ungleichheiten. Um diese zu beseitigen und die Affordpreise den mittlerweile bedeutend gesteigerten Kosten der Lebenshaltung anzupassen, erfolgte am 1. April die Kündigung des Vertrages durch die Kollegen. Obwohl seitens verschiedener Unternehmer in gelegentlichen Äußerungen selbst zugegeben worden war, daß der Tarif die gerügten Mängel enthält, bestand von vornherein wenig Neigung, nennenswerte Zugeständnisse zu machen. Neben der Klärung verschiedener dehnbarer Ausdrücke gelang es im Laufe der Verhandlungen doch, einige Zugeständnisse zu erringen, die zwar weit davon entfernt sind, unsere berechtigten Wünsche zu befriedigen, die uns aber bestimmten, dem abgeänderten Vertrage unsere Zustimmung zu geben. Der Vertrag gilt wiederum auf zwei Jahre. Alle Unternehmer, die zurzeit Arbeiter beschäftigen, haben den Vertrag unterzeichnet. Auch die Firma Kupp u. Müller von Karlsruhe, die in Ringelbach einen Steinbruch hat, erkannte den Vertrag an, obwohl sie sich nicht nur von den Verhandlungen fernhielt, sondern auch ausdrücklich erklärte, sich an dem Vertrage nur zu beteiligen, wenn der Vertrag für den gesamten Schwarzwald Gültigkeit erhält und die vertragsschließenden Parteien sich verpflichteten, das Unterakkordantenwesen zu beseitigen. So sehr uns dies selber sehr schmerzlicher Wunsch war, so konnten wir Garantien in dieser Beziehung nicht übernehmen, da sie außerhalb unserer Macht liegen.

Der Friede in der Schwarzwälder Granitindustrie ist für die nächsten zwei Jahre gesichert. Es gilt aber auch hier

wiederum dafür Sorge zu tragen, daß den vertraglichen Bestimmungen bei allen Unternehmern gebührend Rechnung getragen wird. Neben der Hochhaltung der Bestimmungen des Tarifvertrages wird es in Zukunft aber auch Aufgabe der Kollegen sein, eifrigst über die Einhaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen in den Steinbruchbetrieben zu wachen. Seitens der Regierung und einiger Zentrumsabgeordneten wurde bekanntlich in den letzten Wochen im badischen Landtage der Vorwurf erhoben, daß die Arbeiter vielfach selbst daran schuld seien, wenn die Bundesratsverordnung und andre Schutzgesetze umgangen würden. Besonders den italienischen Kollegen gegenüber wurde dieser Vorwurf noch unterstrichen. Mögen die Kollegen dafür sorgen, daß derartige Behauptungen von organisierten Arbeitern in Zukunft niemals aufgestellt werden können.

### Mißliche Verhältnisse im Steinbildhauerberufe.

Im westlichen Teil Deutschlands schaffen die Steinbildhauer unter recht betrübenden Verhältnissen. Die Schmutzkonkurrenz der Prinzipale ist eine recht große. Zum Teil kommen die Arbeiten erst dritter Hand an die Gehilfen, und jeder der Zwischenunternehmer versucht, vorher durch Einziehen von Offerten den Preis für die Arbeiten möglichst herunterzudrücken. Die „Bildhauerzeitung“ führt dafür folgende Beispiele an: Die Vauleitung des Neubaus des königlichen Landgerichts zu Dortmund vergibt die Bildhauerarbeiten, Modelle und Steinausführung, ohne Konkurrenz an den Düsseldorf Künstler, Bildhauer Bauer; dieser vergibt die ornamentalen Modelle und die Steinausführung an die Firma Fink u. Haarfeld in Düsseldorf; letztere wieder die Steinausführung einem Subunternehmer Schröder, und dieser erst läßt die Arbeiten durch Gehilfen in Afford ausführen zu Preisen, die eine gediegene Ausführung, wie sie doch in diesem Falle von der Vauleitung zweifellos beabsichtigt war, unmöglich zulassen und außerdem die Gehilfen zwingen, eine im höchsten Grade gesundheitschädliche Arbeitsleistung zu entwickeln. Ein gleiches Beispiel waren wir in der Lage, beim Neubau des Oberbergamts in Dortmund zu beobachten: Hier handelte es sich allerdings um eine in engere Submission vergebene Arbeit; Höchstfordernder 14 000 Mark, folgender 9000 Mark und als dritter, ein Steinbruchbesitzer, der nicht selbst Bildhauer beschäftigt, 6000 Mark. Dieser Steinbruchbesitzer hatte, bevor er seine Offerte abgab, mehrere Bildhauerunternehmer aufgefordert, die Arbeit zu berechnen, weil er selbst dazu nicht in der Lage war. Von diesen Offerten legte er seinen Berechnungen die niedrigste zugrunde und bekommt die Arbeit. Damit ist aber noch nicht gesagt, daß er denjenigen, der ihm die niedrigste Berechnung gegeben, auch die Arbeit ausführen läßt; jedenfalls versucht er jetzt erst, die Beteiligten gegeneinander auszuspielen und zu drücken, um den dann die Arbeit ausführen zu lassen, der am meisten nachgibt. Für wöchentliche Abschlagszahlungen, die diese Art Unternehmer meistens benötigen, zieht er dann noch einige Prozente ab. So wird mit unfrer Arbeitskraft der schändlichste Bucher getrieben und die Arbeit in qualitativer Beziehung entwertet.

Die Steinbildhauer wollen nun durch eine umfassende Agitation die Praktiken dieser Herren Unternehmer besser ins Licht rücken. Man hält es kaum für möglich, daß im Bildhauerberuf die Schmutzkonkurrenz eine so große ist.

### „Da habe ich mich mit Gottes Hilfe wieder einmal glücklich durchgelogen“

(Ausspruch eines ehemaligen Zentrumsabgeordneten.)  
Dieser Ausspruch paßt trefflich auf einen Artikel in der Nr. 29 des christlichen „Keram- und Steinarbeiterblätters“ betreffs einer Versammlung in Niedermendig, die am 10. Juli stattfand.

Zunächst wird frank und frech behauptet, ich hätte zu dem Vorsitzenden Ammel von den christlichen Keramikern gesagt, er solle eine öffentliche Versammlung einberufen, um den christlichen Sekretären Rail und Brendel einmal gründlich die Wahrheit zu sagen für den Arbeiterverrat, den sie getrieben haben usw. Was ist nun wahr?

Am 25. Juni fand in Niedermendig eine Mitgliederversammlung statt, wozu ich als Referent erschienen war. Im Sitzungszimmer war der Vorsitzende Ammel von der christlichen Zahlstelle anwesend, der mich vor der Versammlung fragte, ob er der Versammlung beiwohnen könnte, um sich wegen der Tarif bei der kommenden Lohnbewegung für den Zuffstein mit uns zu verständigen. Ich hatte dagegen nichts einzuwenden, sagte aber in Gegenwart von Zeugen zu dem Vorsitzenden Ammel, daß auch wir hoffentlich in ihren Mitgliederversammlungen das Wort erhalten würden. Dies wurde mir von Ammel zugesichert, weil er dies für selbstverständlich halte. Von einer öffentlichen Versammlung war mit keinem Worte die Rede.

Erst in der Versammlung erfuhr ich von dem christlich organisierten Steinbauer Wilkes aus Niedermendig, unter welcher schimpflichen Bedingungen seine Weiterbeschäftigung bei der Firma Videl in Kottenheim durch die christlichen Sekretäre Rail und Brendel besorgt worden war. Weder vom christlichen Verbande noch von unserm Vorsitzenden in Niedermendig erhielt ich eine Mitteilung, daß ich am 10. Juli zu der Versammlung kommen sollte. Im allgemeinen ist es üblich, daß die Leitung eines Verbandes, falls sie von einer genuerischen Organisation eine Aussprache wünscht, sich an diese brieflich wendet.

Herr Brendel hatte sich in seinem Thema: Die christliche und sozialistisch-materialistische Weltanschauung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine große Aufgabe gestellt. Von Zuhörern wurde mir versichert, daß der Referent Brendel das Thema nicht im entferntesten sachlich und gründlich behandeln konnte. Im Schimpfen und Verleumdungen der freien Gewerkschaftsbewegung leistete er allerdings Erstaunliches; darin scheint er auf der bekannten Schule in München-Gladbach viel gelernt zu haben. Ein Genosse aus Köln, der literarisch tätig ist, sich zur Erholung in der Eifel befindet und der zufällig der Versammlung beiwohnte, staunte über die geringen volkswirtschaftlichen und nationalökonomischen Kenntnisse, die der Herr Referent besitzt. Da auch von der Leitung des Keramarbeiterverbandes der Herr Pastor eingeladen und erschienen war, so ist anzunehmen, daß die Debatte wohl auf das religiöse Gebiet hingezogen werden sollte. Was mag der Herr Pastor wohl gedacht haben, als er, der doch ein wissenschaftlich gebildeter Mann ist, solche Tiraden, wie sie der Referent verzapfte, anhören mußte?

In dem Artikel wird dann noch weiter behauptet, anscheinend sei der Gauleiter zu feige gewesen, zu erscheinen; für diesen Vorwurf haben wir dem Artikelschreiber gegenüber nur das Gefühl der Verachtung übrig. Der schwarze Reimsticker und Artikelschreiber weiß ganz genau, daß ich schon wiederholt in der letzten Zeit, so unter anderem in Ettringen, Ober- und Niedermendig, Distinghausen, Oberghausen im Reppel und andern Orten den christlichen Maulhelden und Schimpfaposteln mit Erfolg entgegengetreten bin.

In einer Resolution, die von dem „christlichen“ Referenten der Versammlung vorgelegt wurde und auch zur Annahme gelangte, wird dann noch versucht, dem freien Verbands und seinen Beamten ein paar Zuhritte zu verlesen. Uns Büchern und dem Fachblatt wird aus dem Zusammenhang von Artikeln einzelnes herausgegriffen und dann in der Resolution in eben jehuitisch verdrehter Weise verwertet. Zum Schluß spricht dann die Resolution von der ernsthaften Vertretung der Standesinteressen in den christlichen Gewerkschaften. Dabei hat das Keramikerblättchen bis heute noch nicht einen ausführlichen

Zustandsbericht für das Jahr 1909 von dem christlichen Keram- und Steinarbeiterverbande gebracht. Die Leitung des Verbandes wird sich wohl hüten, den zu bringen, denn nach dem „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ Nr. 13, Seite 197, finden wir, daß der Gesamtkassenbestand des christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes ganze 25 000 Mark beträgt (beim Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands über 500 000 Mark. Die Red.). Wie dann bei so jammervollen Kassenverhältnissen in der Resolution von einer ernsthaften Vertretung der Standesinteressen geschwafelt werden kann, ist uns unverständlich. Der Ausgang der mit so großem Lärm ins Werk gesetzten Lohn- und Tarifbewegung in der Mayener Basaltindustrie hat die „ernsthafte Vertretung der Standesinteressen“ für die christlich organisierten Steinarbeiter gezeigt. Nur die dortigen Arbeiter sind, wie ja selbst die Leitung des christlichen Verbandes in dem betreffenden Artikel kleinlaut zugibt, nicht zufrieden.

Die Erregung der dortigen Arbeiter ist begreiflich. Auf der einen Seite die Lebensmittelerhöhung durch die „Finanzreform“ und auf der andern Seite bei angestrengtester Arbeit einen teilweise jammervollen Verdienst. Wir finden es ja begreiflich, daß den „Keramikern“ die Agitation des freien Verbandes eine sehr unbequeme ist, aber wir lassen uns davon nicht beirren, wir kommen trotz aller Saalabtreiberien, Beschimpfungen und Gehässigkeiten der Gegner vorwärts und halten es mit dem Ausspruch Napoleons I.: Laßt sie nur schimpfen, sie beißen auf Granit!  
Köln. ad. h.

### Korrespondenzen

Berlin. Die Steinarbeiter beschäftigten sich in einer kombinierten Versammlung (mit den Marmorarbeitern), die am 21. Juli im Gewerkschaftshause stattfand, mit der Frage der örtlichen Einrichtung für eine Unterstützung der Arbeitslosen. Gegen eine zentrale Einrichtung hatte sich der letzte Verbandsstag ausgesprochen, aber die Mitglieder in Berlin wollten dem Beispiel Hamburgs folgen und aus lokalen Mitteln Unterstützungen gewähren. Die beiden Sektionen des Verbandes hatten eine Kommission beauftragt, die Unterlagen für die neue Einrichtung zu prüfen und entsprechende Vorschläge zu machen. Ganzliche erstattete der Versammlung Bericht über die Arbeiten der Kommission, deren Entwurf gedruckt vorlag. Die wichtigsten Bestimmungen lauten: „Bei eintretender Arbeitslosigkeit erhält jedes Mitglied nach einer Karenzzeit von 30 vollen Wochenbeiträgen, nach zwölf hintereinander fallenden Tagen, pro Arbeitstag 1 Mk. auf die Dauer von 4 Wochen. Eine Arbeitsgelegenheit von längstens zwei Tagen gilt nicht als Unterbrechung; jedoch wird der Unterstützungstag entsprechend verschoben. Arbeitsgelegenheiten bis zu 6 Tagen während der Unterstützungsperiode heben die Bezugsberechtigung für die gleiche Anzahl der nachfolgenden Unterstützungstage auf. In diesen Fällen kostet die Erwerbslosenmarke 35 Pfg. Jede nachgewiesene Arbeit muß angenommen werden. Die volle Unterstützung kann nur einmal im Jahre bezogen werden. Ausgesteuerte werden nach gezahlten 26 vollen Beitragswochen wieder bezugsberechtigt. Bei Bezug von Arbeitslosen- oder lokalen Krankenunterstützungen kostet die Erwerbslosenmarke 35 Pfg. Der wöchentliche Beitrag beträgt 1 Mk. Für die Mitglieder der ersten Beitragsklasse ist diese Vorlage obligatorisch. Für Mitglieder der dritten Klasse freiwillig.“ In der Generaldebatte über diese Vorschläge wurde viel Kritik daran geübt, aber die Mitglieder der Kommission verteidigten energisch ihre Anträge, die alles berücksichtigen, was zurzeit möglich sei. Die Versammlung beschloß, daß eine Spezialdebatte und die Abstimmung in den Sektionen vorgenommen werden solle. Der Vorsitzende Winkler legte den Bericht über das zweite Quartal dieses Jahres vor. Danach betrug die Einnahme des Verbandes 17 782,47 Mk. (inkl. Kassenbestand von 9389,82 Mk.). Die Ausgaben betrugen 6546,53 Mk. Somit beträgt der Kassenbestand 11 185,94 Mk. — Die Zahl der Mitglieder ist während des Quartals von 743 auf 806 gestiegen.

Bühlberg. Am 18. Juli fand eine gutbesuchte Steinarbeiterversammlung statt. Unter Punkt 1 gab der Kassierer den Kassenbericht, welcher von den Revisoren für richtig befunden wurde. Zu Punkt 2 erstattete Kollege Reitberger Bericht von der Bezirkskonferenz. Dann wurden die Kollegen Fritsch Riedl und Anton Reitberger als Schiedsgerichtsbeisitzer gewählt. Es entspann sich eine Debatte, in der es sich um eine neue Art Treppenstufen handelte, die nur 8 Zentimeter stark sind; der Steinmeh muß somit recht bequäm umgehen. Es wurde das Schiedsgericht angerufen. Dann referierte Mittenmeier über die Tarifbewegung im Regensburger Gau. Er meinte, es ging dieses Jahr sehr lebhaft zu; es könne mit Freude konstatiert werden, daß im 10. Gau beinahe alle Kollegen unter tariflichen Verhältnissen arbeiten. In der Granitbranche hat die Idee der Bezirksstarife schon weite Verbreitung gefunden. Selbst im schwächsten Winkel geht es vorwärts. Die Tarifentwurfsarbeit sei für ihn sehr zeitraubend gewesen, die Agitation müßte darunter leiden. Jetzt sei es seine Hauptaufgabe, neue Mitglieder zu gewinnen. (Sehhafter Beifall.) — Gestagt wurde, daß der Polier Rosenberger bei der Firma Kerber öfter seine Befugnisse übertritt.

Cunewalde. Am 17. Juli fand in Schönbachs Gasthaus unsere Mitgliederversammlung statt. Dieselbe war schlecht besucht. Als Protokollführer wurde Kollege Domschke bestimmt. Der Vorsitzende gab die Quartalsabrechnung bekannt, welche an Einnahme 480,95 Mk. beträgt, der eine Ausgabe von 426,10 Mark gegenübersteht. Es verbleibt ein Ueberschuß von 54,85 Mark, aber insgesamt verbleibt ein Kassenbestand von 278,71 Mark. Es wurde beschloffen, 80 Mk. auf der Sparkasse anzulegen. Der Kollege Bitterlich soll nochmals an seine Pflichten erinnert werden. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde beschloffen, den Kollegen, welche länger als 14 Tage krank sind, aber noch nicht Krankengeldbezugsberechtigt sind, die Krankenmarke aus der Ortskasse zu gewähren. In Zukunft soll der Hausagitation mehr Beachtung geschenkt werden. Wir können noch eine schöne Anzahl neuer Mitglieder gewinnen. Wenn wir uns im Sommer nicht agitatorisch betätigen, im Winter können wir auf Zuwachs nicht rechnen, denn die Löhne sind jetzt schon recht ungenügend.

Dresden. In der am 20. Juli tagenden Versammlung gab Kollege Seidel den Jahresbericht. Die Verschmelzung mit Pirna und Posta sei kein Fehler gewesen, denn was man erwartete, sei eingetreten. Der Mitgliederzuwachs betrage ungefähr 400. Die Lohnbewegungen im Gebiet haben für die Brecher in Posta eine Lohnerhöhung gebracht, jedoch könne man mit dem Erfolg im Gottliebental nicht recht zufrieden sein. Zwei Verbandsstichtungsgerichte haben getagt und wurde der Schiedspruch anerkannt. Was das örtliche Schiedsgericht anbetrifft, ist Seidel der Ansicht, daß es wohl gar keinen großen Zweck mehr haben könne, etwas zur Entscheidung zu bringen, denn in den letzten Sitzungen sind Arbeiten zu unsern Ungunsten entschieden, welche ganz klar liegen; dies liege wohl auch an der Zusammenfügung und müsse in Zukunft auf einen unparteiischen Vorsitzenden gedrungen werden. Daß es mit der Durchführung der Bundesratsverordnung genau so bestellt ist, wie in vielen andern Zahlstellen, müßten die Kollegen; doch müßten auch Anzeigen nicht viel, indem gar keine oder geringe Strafen ausgesetzt würden. Die Tarife für Steinmehgen wurden gekündigt, doch konnte Resultat durch die Verhandlungen über den Einheitsstarif kein Erfolg erzielt werden. Kollege Ernst erstattet den Kassenbericht und gibt über verschiedene Ausgaben Aufklärung. Der Kassenbestand ist ungefähr derselbe wie im Vorjahr, trotz der hohen örtlichen Ausgaben. Schluß gerichtet

wurde von allen Seiten, daß Maurer bei Baumeistern Stein-  
arbeiten zu niedrigeren Löhnen ausführen. Es ist dies um  
so verwerflicher, da die Arbeitslosigkeit für die Maurer  
günstig ist und selbige nicht aus Not den Bohndrücker machen.  
Zum Einheitsstarif nahm Kollege Starke, welcher anwesend war,  
Stellung. Er wurde sehr oft unterbrochen. Starke war jedoch  
der Ansicht, daß unsere Vertreter nicht mehr an den Verhand-  
lungen teilzunehmen haben, indem auf Grund der Vorlage eine  
Einigung nicht zustande kommen kann, und Kollege Starke dies  
den Unternehmern mitteilt. Die Kollegen sind der Meinung,  
daß uns die Unternehmer Verschleierungen anbieten wollen.

**Eschershausen.** Die Lage unfres Abwehrstreiks hat sich  
wieder etwas geändert. Wir haben bis jetzt sechs Streikbrecher  
zu verzeichnen, und zwar bei der Firma Kisthardt 2 und in  
Hils Dolomit- und Kalkwerk 4. Es legte beim Ausbruch des  
Streiks auch ein Inorganiker die Arbeit aufnahmen, was ihm  
selbst einsehlich, daß mehrere Organisierte die Arbeit aufnahmen,  
zog auch er es vor, dasselbe zu tun. Wenn Herr Kisthardt  
fremden Steinmehren vor vier Jahren 50-55 Pfg. Stunden-  
lohn geben konnte, so kann er auch unsere beschiedenen Forde-  
rungen bewilligen. Kollegen, laßt euch unter keinen Umständen  
dieses Maß aufdrängen, merkt euch die Kisthardtsche Hand-  
lungsweise, meidet seinen Betrieb so lange, bis er uns einen  
einigermaßen auskömmlichen Lohn zufließt. Meidet den Be-  
trieb gerade so wie früher, so daß Herr Kisthardt wieder in die  
Lage versetzt wird, fremde Leute heranzuholen, was er ja schon  
lange an uns verdient hat. Damals schrieb Herr Kisthardt:  
"Ein Stadtmann soll hier unterdrückt werden"; jetzt will der-  
selbe Herr die hiesigen Arbeiter unterdrücken, was ihm seine  
gutmütigen Arbeiter nie vergessen werden. Nun, Kollegen, seid  
einig und haltet zusammen. Lieber anderwärts arbeiten, als  
bei solchen minimalen Löhnen beschäftigt zu werden. Die Per-  
ren wissen aus ihren eigenen Familienverhältnissen, daß mit  
den Löhnen, welche sie ihren Arbeitern geben, nicht auszukommen  
ist und keiner damit seine Familie ernähren kann. Meidet also  
die Betriebe Kisthardt, Dreyer und Hils Dolomitwerke.

**Rechenbach.** Bei der Firma Mosel u. Co. ist die Entloh-  
nung eine recht niedrige. Es verdienen hier die stärksten Ar-  
beiter 30-35 Mk. in 12 Arbeitstagen. Das ist ein Lohn, mit  
dem man unbedingt hier nicht durchkommen kann. Die anderen  
Firmen stehen natürlich auf demselben Standpunkt und bezahlen  
auch nicht mehr. Die Firma Mosel u. Co. hat jetzt wieder  
etwas Neues eingeführt. Wenn z. B. ein Arbeiter ein Stück  
macht und es fällt eine Ede, so bekommt er das Stück nicht  
eher ausbezahlt, bis es am Bau versetzt ist. Hier geht alles  
drunter und drüber. Die Firmen denken, sie können mit den  
Arbeitern nach Belieben umspringen. Aber so geht es zu-  
künftig nicht weiter. Die Kollegen stehen tren zum Verband,  
das ärgert die Herren Unternehmer ganz gewaltig.

**Hamburg.** In der am 28. Juni er. stattgefundenen Ver-  
sammlung im Vorwärts dahier erhoben drei Kollegen Klage  
gegen die Gebrüder Ulrich. Da die Gemüter zu erhitzt wurden,  
hob der Vorsitzende die Versammlung auf mit den  
Worten: In der nächsten Vorstandssitzung wird die  
Sache geregelt werden. — Das Fachblatt Nummer 28  
brachte den Versammlungsbericht, dessen letzter Satz  
lautete: "Lebhafteste Klagen werden von mehreren Kollegen  
über die Gebrüder Ulrich geführt." Obwohl der Schriftführer  
Altmann wußte, daß die Sache unerledigt ist, ließ er doch die  
Angelegenheit im "Steinarbeiter" erscheinen. Wie stehen nun  
jetzt die Dinge? In der am 18. Juli stattgefundenen Vorstand-  
sitzung, zu welcher die Gebrüder Ulrich geladen und erschienen  
waren (die gegnerische Partei war nicht geladen), wurden vom  
Vorstand die Beschuldigungen, daß wir an der kündigunglosen  
Entlassung der Kollegen Kreg, Altsleben und Klein schuld seien,  
als unberechtigt erkannt. Obwohl der Geschäfts-  
führer den drei klagenden Kollegen im Beisein meines Bruders  
Heinrich erklärte, daß mein Bruder nicht an ihrer Entlassung  
schuld sei, brachten sie dieses doch in der Versammlung vor.  
Auch hat sich die Vorstandssitzung ergeben, daß der Schrift-  
führer nicht einmal wußte, daß ich bei einer anderen Firma  
beschäftigt bin, als mein Bruder. Es wäre sehr gut für den  
Schriftführer, wenn er nächstens nicht so vorzeitig handeln und  
sich erst besser orientieren würde, ehe er solche Artikel schreibt.  
**Roman Ulrich und Heinrich Friedrich Ulrich.**

**Heilbronn.** Der Platz Burren-Weinsberg (Waghof) ist  
gesperrt. Genannter Firma ist es nun doch gelungen, un-  
organisierte Steinhauer aus der Gegend Hilsbach-Weiler in  
Baden, wo bekanntlich die verfloffene Firma Himmelsbach  
Zitlialen hatte, anzuwerben. Bis jetzt ist es uns gelungen, einen  
derselben zur Abreise und zwei zum Beitritt zur Organisation  
zu bewegen. Die übrigen verhalten sich ausnahmsweise hart-  
näckig und nehmen keinerlei Rücksicht auf die am Orte an-  
wesenden Kollegen und Familienwörter. Die Arbeitswilligen heißen:  
Heinrich Ruch, Peter Ruch, Franz Haub, Franz Demmer und  
Adam Wegesser. Auch hier in Heilbronn zeigt sich der Herr  
Direktor Deegen bei der Firma Vereinigte Sandsteinwerke  
Heilbronn als besonders finstiger Mensch in der Umgehung des  
abgeschlossenen Vertrags. Sein treuester Gehilfe ist und bleibt  
Polter Franz.

**Airschhausen.** Am 23. Juli fand hier eine mäßig besuchte  
Mitgliederversammlung statt. Die Abrechnung des 2. Quar-  
tals war in bester Ordnung. Kollege Laver Fischer stellte den  
Antrag, die 80 Mk. wieder auf der Sparfasse anzulegen. Dieser  
Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Antrag der Vor-  
standsschaft wegen Ausschluß der Mitglieder im Betrieb Herische,  
welche trotz Mahnung nicht bezahlten, wurde zurückgestellt und  
den Kollegen nochmals sechs Wochen Frist gegeben. Der  
Statistiker Alois Lernbecher gab die Statistik bekannt. Es be-  
teiligten sich an derselben 122 Mann, und zwar 82 Granitstein-  
mehren, 20 Brecher, 11 Pflasterer und 9 sonstige Arbeiter. Von  
dem Statistiker wurde erwähnt, daß die Kollegen die Statistiken  
nicht so sehr beschmutzen und deutlicher ausführen sollen. Von  
einem Kollegen ging der Antrag ein, daß die Abgabe der Statis-  
tik im Beitragsbuch vermerkt wird. Auch von dem Statistiker  
wurde der Antrag gestellt, daß vor jedem Quartalsabschluss die  
Maktkassierer die Statistiken einzusammeln haben und dieselben  
von zwei Mann kontrolliert werden. Die Vorstandsschaft ver-  
sprach in diesem Sinne die Sache zu regeln. Im Punkt Dert-  
liche Angelegenheiten wurde von mehreren Rednern das Ver-  
halten der Kollegen auf Platz Bräuer scharf gerügt. Auch wur-  
den die Vorwürfe gegen unsere Vorstandsschaft, sie hätten wegen  
der Bestrafung des Blumachens Zuchthausgesetze geschaffen, zu-  
rückgewiesen. Auch das Verhalten der zugereisten Kollegen wegen  
Anbettelns um Arbeit wurde scharf kritisiert. Zum Schluß  
machte wir darauf aufmerksam, daß die italienischen Tarife  
fertig und bei Michl Lernberger zum Preis von 55 Pfg. zu er-  
halten sind.

**Leitersbach.** Am 17. Juli hielten wir unsere halbjährliche  
Generalversammlung ab. Der Kassierer Kollege Strohmeyer  
verlas die Abrechnung über das 2. Quartal, welche von beiden  
Revisoren für richtig befunden wurde. Zum 2. Punkt, Statistik,  
wurde heftig debattiert, weil die Kollegen sich nicht daran ge-  
wöhnen wollen, ihre Löhne einzutragen. Unser bisheriger Vor-  
sitzender Hasler sah sich genötigt, sich um eine andre Stelle um-  
zusehen. Es wurde als 1. Vorsitzender einstimmig Kollege  
Ernst Beltin gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen  
Ernst Weiß und Wilhelm Walther gewählt. Kollege Hasler er-  
mahnte die neugewählte Vorstandsschaft, sich tapfer zu halten.  
Im Punkt Verschiedenes gab der Vorsitzende einen kurzen Rück-  
blick über die Banarbeiterausperrung. Dann nahm Kollege  
Ludwig Bager das Wort. In seinem Vortrag behandelte er  
das Thema Organisation und Agitation. Diese Ausführungen  
wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Das Referat  
wurde auch ins Italienische übersetzt.

**Regenborn.** Recht eigentümliche Zustände scheinen in dem  
Betriebe der Firma J. G. Wiegand (Geschäftsführer G. Sonn-  
tag) Mode zu sein. Im Winter 1908/09 wurde der Kollege  
B. Zwele (da dieser dem Polier nicht mehr gefiel) auf die  
Straße gesetzt. Vor kurzer Zeit ging es dem Kollegen A. Zwele  
gerade so. An all diesen Ursachen trägt aber die meiste Schuld  
der Polier (frühere Nachkollege) S. Grimme. Das geht aber  
nur, weil der Geschäftsführer kein Fachmann ist. Wenn dieser  
Herr etwas mehr Fachkenntnis besäße, würde er auch  
seinen Polier eines besseren belehren. Wenn ein Steinmeh-  
r, daß ihm ein Arbeiter helfen soll zum Ab- und Aufbänken,  
dann lehnt er dieses strikt ab. Unfre Kollegen beschloffen, bei  
der Firma einmal vorstellig zu werden wegen des Stunden-  
lohns für den nächsten Winter. Der Stundenlohn beträgt 35 Pfg.,  
während die Firma vergangenen Winter nur 30 Pfg. bezahlte.  
Als traurige Tatsache ist es freilich zu bezeichnen, daß die Kol-  
legen hier in dieser Gegend noch nicht besser zur Erkenntnis  
gelangt sind. Sonst wäre es nicht vorgekommen, daß unfre  
Mitgliederzahl von 120 auf 50 zurückgegangen wäre. Aber Kol-  
legen, wir dürfen den Mut nicht sinken lassen. Agitiert ferner  
mit vereinten Kräften für unsere Organisation und der Sieg  
muß endlich unser werden. Und bessere Zustände können dann  
auch hier in dieser noch so dunklen Gegend erzielt werden.

**Esinghausen.** Am 23. Juli fand im Lokal des Herrn Jah-  
bender eine Versammlung der Steinarbeiter der Lahmbacher  
Werke statt. Gauleiter Adolf Herrmann begrüßte die Kollegen  
mit einer kräftigen Ansprache, worin er betonte, daß die Orga-  
nisation in der Lahmbacher Brüchen gute Fortschritte gemacht  
hätte, denn in den letzten drei Wochen wären 30 Mitglieder ge-  
wonnen worden. Er sprach den Kollegen seinen Dank aus für  
ihre erfolgreiche Agitation. Herrmann wies ferner darauf hin,  
daß auch die Unternehmer gut organisiert sind. Dann gab  
Kollege Kämpe den Kassenbericht vom 2. Quartal. Die Ein-  
nahme beträgt 742.40 Mk. und für die ausgescherten Bau-  
arbeiter wurden 139.50 Mk. gesammelt. Dem Kassierer wurde  
Entlastung erteilt. Dann erstattete Kollege Lenz Bericht vom  
Verbandstag in Eisenach. Der Bericht wurde mit großer Auf-  
merksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion waren  
alle Redner mit den Beschlüssen des Verbandstags einver-  
standen. Der Gauleiter hielt dann ein glänzendes Schlusswort.

**Kottwendorf.** Mit der Tagesordnung: Jahres- und  
Kassenbericht, sowie Neuwahl der Verwaltung, fand hier am  
22. Juli eine Versammlung statt. Kollege Seidel führte aus,  
daß es uns dank einer leidlichen Konjunktur und vor allem aber  
durch rege Agitation möglich war, unseren Mitgliederstand im  
Berichtsjahre zu erhöhen. Am Schluß des vorigen Jahres hat-  
ten wir 1200 Mitglieder, während jetzt, nach der Banarbeiter-  
ausperrung, 1500 Mitglieder im Steinarbeiterverband organi-  
siert sind. Es wurden nicht Mühe und Kosten gescheut, um eine  
intensive Agitation zu treiben. Zudem er über Bewegungen  
und Vorkommnisse im vergangenen Jahre berichtete, wurde mit  
konstatiert, daß die Innehaltung der Bundesratsverordnung  
noch sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß, solange die Be-  
hörde nicht schärfere Mittel zur Durchführung der Gesetze an-  
wendet, wir nur auf unsere eigene Hilfe angewiesen sind, resp.  
die höheren Behörden auf das Benehmen der Aufsichtsbeamten  
aufmerksam zu machen sind. Den Kassenbericht erstattete Kol-  
lege Ernst, und wird zugleich von der Verwaltung angeführt,  
daß in Zukunft der Jahresabschluss mit dem Kalenderjahr ge-  
macht werden soll. Das wird von der Versammlung beifällig  
ausgenommen und gewünscht, diesen Bericht einige Tage vor  
der Versammlung gedruckt herauszugeben, um eine bessere  
Orientierung zu haben. Nach verschiedenen Anfragen, welche  
vom Kassierer befriedigend beantwortet wurden, wurde diesem  
Entlastung erteilt. Eine rege Debatte entspann sich über die  
Frage, ob in Zukunft ein Kollege aus der Steingewinnung als  
Vertrauensmann mit fungiere. Nach einigem Hin und Wieder-  
trat die Versammlung dem Beschluß, der in Dresden und Posta  
gefaßt wurde, bei, welcher besagt, daß erst noch eine Makro-  
organisation notwendig ist. Außerdem wurde noch betont,  
daß der Bericht von der letzten Versammlung, in welcher über  
den Verbandstag berichtet wurde, nicht umbedingt gegeben  
sei. Jene Versammlung war mit den Beschlüssen des Ver-  
bandstags durchaus nicht einverstanden, vor allem bedauerte  
sie, daß der Antrag zur Einführung der Arbeitslosenunter-  
stützung in dieser Art und Weise zu Fall gebracht wurde. (Die  
Reaktion hat eine Ummodellung des Berichts nicht vorge-  
nommen.)

**St. Johann.** Die Sperre über das Gravitwerk P. Burger  
ist aufgehoben. Herr Burger hat aber auch noch nicht gestigt,  
denn mit den paar Mann hat er bis jetzt die Organisation in  
Saarbrücken doch noch nicht zugrunde richten können. Kommt  
ein Kollege zupprechen, so fragt Herr Burger gleich, ob er im  
Verband ist. Er fordert ihm auch das Mitgliedsbuch ab. Die  
reisenden Kollegen mögen davon Kenntnis nehmen. Am 19.  
Juli wurde seitens der Zahlstelle eine öffentliche Versammlung  
einberufen, welche zum größten Bedauern nur schwach besucht  
war. Unter welchen Verhältnissen die Kollegen der Sandstein-  
branche arbeiten, ist kaum zu beschreiben. Schutzvorrichtungen  
sind gar keine zu finden, Arbeitsstunden kennt man überhaupt  
nicht. Frühstücksbuden sind ganz ausgeschlossen. Löhne werden  
gezahlt pro Kubikmeter zu 25-29 Mk. Schuld an der ganzen  
Sache sind nur die Kollegen selbst. Würden sie sich der Orga-  
nisation anschließen, so kämen auch wir im Königreich Stumm  
einen Schritt vorwärts.

**Weglar.** Am 11. Juli fand im Gasthaus zum Haxerkasten  
eine gutbesuchte Versammlung statt, zu der auch Gauleiter Ad.  
Herrmann-Köln erschienen war. Zunächst wurde eine ge-  
nauere Revision der Kasse und Bücher vorgenommen, welche er-  
gab, daß sich alles in bester Ordnung befand, worauf dem Kas-  
sierer Decharge erteilt wurde. Hierauf hielt Kollege Herrmann  
einen Vortrag über den Nutzen und Wert der Organisation  
unter den Hilfs- und Maschinenarbeitern. Redner entrollte ein  
klares Bild über die gesamte Steinindustrie des Lahntales und  
des Westerwaldes. Es wurde verschiedenes angeführt, woraus  
zu ersehen war, wie notwendig es ist, eine regere Agitation  
unter den Hilfs- und Maschinenarbeitern zu betreiben. Um  
dieses bewerkstelligen zu können, wurde eine Bezirksenteilung  
angeregt, um damit bessere Fühlung mit den umliegenden Zahl-  
stellen zu gewinnen. Des weiteren wurde ein allgemeiner Aus-  
flug mit Familienangehörigen beschlossen. Hoffentlich werden  
sich die Kollegen recht zahlreich daran beteiligen.

## Das Kitten der Marmore.

Die Frage des Kittens der Marmore spielt in der Marmor-  
industrie eine große Rolle. Es ist dies eine sehr heikle Arbeit,  
welche nur geschickten, geübten Arbeitern anvertraut werden  
kann.

Man kann sagen, daß allerlei Marmore einem solchen Ver-  
fahren unterzogen werden können, wenn auch in verschiedenem  
Maße. Es ist eine sonderbare Erscheinung, daß mit wenig Aus-  
nahmen eben die Marmore mit lebhaftem, reichem Kolorit das  
Kitten erfordern, was aber durch die Tatsache erklärt wird, daß  
bloß die erdigen Minerale darauf angewiesen sind. Die Erde  
enthält bekanntlich die meisten Farbstoffe, welche die Verwitte-  
rung herbeiführen.

Eben deshalb muß der Fachmann den oft geäußerten Wunsch  
der Kunden, daß ihnen der farbige Marmor „nicht getittet“  
geliefert werde, mit einem Lächeln entgegennehmen. Diese  
Kunden vergessen sehr oft — oder wissen es vielleicht gar nicht  
—, daß der Marmor kein durch wissenschaftliche Kunststoffe her-  
gestelltes Material ist und daß man dasselbe so nehmen muß,  
wie es die Natur uns bietet.

Wir können damit so zufrieden sein, wie wir es bekommen,  
denn unter den vielen künstlichen Produkten, welche den Stein

ersehen wollen, besteht auch kein einziges der oben Eigenarten  
des letzteren und jedes weiß solche Schwächen auf, neben wel-  
chen einige Millimeter Kitt an einer Marmorplatte gar nicht  
in Betracht kommen kann.

Uebrigens macht diese „Reparatur“ den Marmor erst voll-  
kommen. Auch das schärfste Auge des Sachverständigen wird es  
nicht bemerken, vorausgesetzt, daß der Kittler und Schleifer seine  
Arbeit mit gehöriger Sorgfalt verrichtet hat. Da eben die  
erdigen Stellen die kranken Teile des Marmors sind, deren  
Verwitterung sicher eintreten muß, müssen diese Teile entfernt  
und mit Kitt ersetzt werden.

Skizzieren wir nun für den Laien das Verfahren.  
Der Arbeiter entfernt mit einem rauhen Werkzeug die  
erdigen Teile, er feilt so lange, bis er auf den gesunden Mar-  
mor stößt. Die zu kittenden Stellen werden dann allmählich  
mit einem glühenden Eisen erwärmt, bis dieselben genügend  
durchgewärmt sind, um den in der Marmorindustrie verwen-  
deten eigentümlichen Kitt weich zu machen. Dann wird das  
Kittessen in den kleinen Einschnitt gesetzt, worauf sich dieser mit  
dem gelösten Stoff füllt. Dieser Vorgang wird zwei-, dreimal  
hintereinander wiederholt, wie es die Spalte eben erfordert, bis  
der Kitt die Lücke vollständig ausfüllt. Die Fläche wird dann  
mit einem glühenden Eisen geglättet.

Hierauf gelangt der Marmor zum Polieren, welches sich  
in nichts von dem Polieren ungekitteter Marmore unterscheidet.  
Und die Politur ist an der angefitteten Stelle ebenso rein und  
glänzend wie an jeder andern gesunden Stelle.

Die wichtigste Frage ist die Herstellung des Kitts. Der  
Kitt wird aus Gummiack und Kolofonium bereitet, welche  
Stoffe mit einem glühenden Eisen weich gemacht werden. Bei  
rotem Marmor wird noch Schmirgel hinzugegeben, bei licht-  
farbigen Marmoren Laugasche. Ist der Teig gut durchgerührt,  
werden noch Schwefel und Farbstoffe zugegeben, damit der Kitt  
genau dieselbe Farbe erhält wie die des Marmors. Die Arbeit  
mit dem zur Erhaltung der Hitze dienenden Eisen erfordert  
große Sorgfalt; der Kittstoff muß gut zerrieben werden, man  
muß ihn lange kneten, damit sich die Farbstoffe nicht lösen  
und Flecken hinterlassen.

Schließlich wird der so gewonnene Teig auf einen glatten  
Stein gelegt und bis auf 5-10 Millimeter Dicke gewalzt. Der  
hart gewordene Kitt kann sofort in Verwendung kommen. Das  
Kittensverfahren besteht in der Färbung, denn während des  
Kittens erleidet das hartgewordene Material eine neue Farben-  
veränderung, man muß demnach die Art und Weise kennen, wie  
die Farbe zu suchen ist, um eine solche zu gewinnen, was für  
eine man eben braucht. Bei den einfarbigen Marmoren, wie  
schwarz, weiß, grau usw., ist die beschriebene Art des Kittens  
nicht anwendbar.

Die lichtweißen, bianco P., Statuario sind zuweilen lüden-  
haft. Je weißer der Grundstoff des Marmors ist, um so öfter  
ist dies der Fall. Da ist das bei den farbigen Marmoren be-  
folgte Verfahren partiell anzuwenden, d. h. die Löffelchen wer-  
den gereinigt und die Kittungsstellen anstatt mit Kitt — mit  
weißem Waß ausgefüllt. Bisher hat noch kein andres Ver-  
fahren zum Ziel geführt, da die weiße Farbe sich unter dem  
warmen Eisen verändert.

Das Kitten findet auch bei sehr teurem Marmorbelag An-  
wendung und man erzielt damit bei Dekorationen die ab-  
wechslungsvollsten und lebhaftesten Farbeffekte.

## Rundschau.

104 887 945 Mark Lohnverlust haben die preussischen Berg-  
arbeiter in den letzten 27 Monaten, vom 1. Quartal 1908 bis  
einschließlich 1. Quartal 1910, durch direkte Lohnreduzierungen  
erlitten. Im 4. Quartal 1907 hatten die Löhne im preussischen  
Bergbau fast überall ihren Höchstdruck erreicht; von da ab ging  
es teilweise, besonders im Ruhrgebiet, mit Riesenschritten ab-  
wärts. Die Lohnverluste betragen in den einzelnen Revieren:  
Ruhrgebiet 79 260 159 Mk., Oberschlesien 3 631 764 Mk., Nieder-  
schlesien 2 452 350 Mk., Saarrevier (Staatswerke) 2 625 388 Mk.,  
Kathener Revier 2 603 103 Mk., Haller Braunkohlenrevier  
4 069 618 Mk., linksrheinisches Braunkohlenrevier 260 194 Mk.,  
Haller Salzbergbau 351 577 Mk., Clausthaler Salzbergbau  
312 330 Mk., Mansfelder Erzbergbau 1 305 827 Mk., Siegener  
Erzbergbau 4 682 432 Mk., Nassau-Weglarer Erzbergbau  
1 966 027 Mk., rechtsrheinischer Erzbergbau 1 367 176 Mk. Fast  
105 Millionen Mark haben also die Bergarbeiter der ange-  
führten Reviere an Löhnen allein durch direkte Lohnreduzier-  
ungen eingebüßt. Die großen Verluste, die ihnen durch die  
zahlreichen Feiertage entfallen sind, sind dabei nicht mit-  
gerechnet, lassen sich auch nur sehr schwer berechnen, weil die  
Zahl der Feiertage nicht genau bekannt ist, sondern nur  
geschätzt werden kann. Diese gewaltigen Lohnverluste erklären  
sich durch die Lage der Werke in keiner Weise. Die Gruben-  
herren haben auch während der Krise meist sehr gute Geschäfte  
gemacht. Ganz besonders ist das aber bei den Ruhrgruben-  
herren der Fall. Eine ganze Anzahl Werke sind hier zu ver-  
zeichnen, die während der Krise noch höhere Gewinne einge-  
heimt haben, wie während der Hochkonjunktur. Die Gruben-  
besitzer haben es eben meisterlich verstanden, die Folgen der  
Krise zu weitest größtem Teil auf die Bergarbeiter und damit  
auf die Gesamtheit abzuwälzen.

Aber noch ein andres sei betont. Die Großkapitalisten be-  
herrschen den Bergbau. Die Arbeiterorganisationen kommen in  
eine recht schwierige Lage mit ihrer Abwehr. Die Macht ist zu  
groß. In den meisten andern Berufen könnten sich die Unter-  
nehmer eine solche Freiheit nicht erlauben. Man sieht eben an  
diesem Beispiel, daß die Tarifverträge die Arbeitslöhne stabiler  
gestalten. — Die Bergarbeiter werden alles aufbieten, um die  
Organisation gewaltig zu stärken. Dann werden solche Lohn-  
abzüge nicht mehr vorkommen können.

**Meinlich.** Die Unternehmer im Demtzer Granitgebiet tun  
alles, um unsern angestellten Vertrauensmann Pürsche das  
Leben recht sauer zu machen. Pürsche möchte sich am liebsten  
eine Flugmaschine zulegen, denn das Betreten der dortigen  
Steinbruchgebiete ist ihm strengstens untersagt. Am 16. Juli  
ging Pürsche folgendes Briefchen zu:

Auf Antrag der Steinbruchfirmen Döde u. Fördé,  
Sparmann u. Co. in Demitz, sowie R. Rogg-Weipzig,  
wird Ihnen hiermit alles Betreten der Hittergutstflur  
Schmölln, vor allem aber der zu dieser gehörigen und von  
vorgenannten Firmen erpachteten Steinbruchsanlagen auf  
das strengste verboten. Zuwiderhandlungen werden unnach-  
sichtlich zur Anzeige gebracht.

Der Gutsvorsteher.

Hartmann, Förster, stellv. Gutsvorsteher.

Kollege Pürsche hatte sich eine Karte gelöst, mit welcher er  
berechtigt ist, Beeren und Pilze auf der Hittergutstflur sammeln  
zu können. Aber trotz dieser Karte das stereotype Verbot: auf  
Antrag der Herren Unternehmer. Unser Kollege wird sich  
nun als Aviatiker ausbilden lassen, damit er zu jeder Stunde  
in der Lage ist, die Steinbrüche umkreisen zu können. — Die  
Unternehmer mit ihrer Maßlosigkeit machen sich geradezu  
lächerlich. Die Arbeiter erkennen aus diesen Machinationen,  
daß P. seine Pflicht als Vertrauensmann hinreichend erfüllt.

**Aus dem Submissionskalender.** Folgender Steinbedarf ist  
demnächst zu decken: Friedberg i. B.: 230 Kubikmeter  
Pflastersteine; Antweiler: die Steinmeharbeiten zum  
Eisenbahn-Empfangsgebäude; Posen: Betriebsinsektion I:  
300 Kubikmeter Pflastersteine; Koblenz: Steinmeharbeiten  
für den Andernacher Bahnhof; Erfurt: Abdeckplatten aus  
Luffstein für die Wipperfurthbrücke; Koblenz: 1900 Kubik-  
meter Basaltkiesenschlag für die Eisenbahnabteilung; Karlsruhe:

ruhe: Steinmetzarbeiten für das Fernheizwerk des Personenbahnhofs; Freiburg in Baden: Granitsteinhauerarbeiten für die Sakristei in Grafenhausen; Deutsch-Eylau: 1400 Tonnen Pflastersteine; Hamburg: die Steinmetzarbeiten für die Eppendorfer Realschule; Chemnitz, für den Rathausneubau; die Solnhofener Bodenlagsplatten; Hersfeld: 330 Quadratmeter Pflastersteine; Nordhausen: 2600 Quadratmeter Grauwackenpflastersteine; Köln (Eisenbahndirektion): 42 200 Tonnen Steinschlag (also über 4000 Eisenbahnmaggon); Bonn: die Steinmetzarbeiten zum Neubau der Pfarrkirche in Schneiderhöhe; Krefeld: 2000 Meter Bordsteine.

Ein trauriges Spiegelbild zeigt uns die fächliche Steinindustrie. In Sachsen sind 18 723 Steinarbeiter tätig, davon beziehen 1347 Kollegen Unfallrenten. In der Amtshauptmannschaft Pirna werden allein 151 Unfallrentner gezählt. Daraus kann man schließen, wie lebensgefährlich die Arbeit in den Elbsandsteinbrüchen sein muß. In nachstehenden Orten ist die Zahl derjenigen, welche Renten beziehen, eine besonders hohe. So zählen wir in Oberpuckau 13, in Schirgiswalde 13, in Schmölln 11, in Ramenz 24, in Wiesa 16, in Altenhain 9, in Beucha 16, in Brandis 16 und in Grimma 19 Unfallrentner.

Die Liste verlängert sich alle Jahre, damit kommt zum Ausdruck, daß 1. die Unfallhäufigkeit nicht abnimmt und 2. handelt es sich teilweise um schwere Verletzungen, von denen die Betroffenen nicht mehr arbeitsfähig hergestellt werden können.

In die Verwaltung des 8. Gaubezirks des Steinmetzmeisterverbandes wurden folgende Herren gewählt: G. Zetter-Eltmann am Main, R. H. Randeracker, Funk-Nürnberg, Leipzig-Witzburg, Arnold-Reißenhausen, A. K. K. München und Huber-Augsburg. Die Wahl des Vororts fiel nicht schwer, es konnte nur das zentral gelegene Würzburg in Frage kommen.

**Bedenkliche Zusammenlegung.** Wie die „Steinindustrie“ meldet, ist das Grundkapital der Deutschen Steinindustrie-A.G., vorm. M. L. Schleicher-Berlin, von 800 000 auf 400 000 Mk. erniedrigt worden. Die Finanzoperation wurde so durchgeführt, daß Aktien im Werte von 2000 Mk. zukünftig nur noch 1000 Mk. gelten. Der Sitz des Werkes wird von der Reichshauptstadt nach Reichenbach (Odenwald) verlegt. — Das Werk hat demnach schlecht floriert. Die Direktion wird wahrscheinlich selbst zu teuer gewirtschaftet haben und überdies gehört die Leitung dorthin, wo sich der Hauptbetrieb befindet.

Die Steinhauerschule Wunsiedel zählte für das Schuljahr 1909/10 in ihren beiden Kursen 18 Schüler. — Es ist traurig, daß der Besuch ein so geringer war. Der Unterricht wird wöchentlich Dienstags von 2½—5½ Uhr erteilt. Fürwahr, es sollten die jungen Steinmetzen und Brecher schon mehr Interesse für die Schule zeigen. Allerdings wollen wir nicht verkennen, daß der Schulort selbst nicht im Zentrum der Sächsischen Granitindustrie liegt.

**Katholische Arbeiter gegenüber einem Bischof.** Wegen seines Wortes „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, wird der Regensburger Bischof und Reichsrat v. Henle nun auch von dem Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine in aller Ehrerbietung heftig angegriffen. Das Blatt schreibt: „Wer mit den Worten: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben“, sagen wollte, niemand darf in seinem Stande emporklettern, selbst nicht mit erlaubten Mitteln aus niederem Stande einem höheren aufstrebend, der ist unchristlich durch und durch, denn er steht im Gegensatz zu den fundamentalen Lehren des Christentums und zu der christlichen Praxis in allen Jahrhunderten. Ein anderer Satz des Herrn Bischofs ist uns noch unverständlicher geblieben, denn er sagte: „Das Christentum hat sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt.“ Wenn mit dem Sage, so wie er da steht, behauptet wird, das Christentum habe sich jahrhundertlang nicht sozial betätigt, so müssen wir dem mit allen christlichen Sozialpolitikern, insbesondere mit dem großen Bischof Ketteler, ganz entschieden widersprechen.“

**Das verräterische Muttermal.** Vor dem Straubinger Landgericht mußte sich dieser Tage der Pfarrer Krassinger aus Ganafer bei Landau an der Isar in Adamskostüm präsentieren. Und das kam so. Die frühere Köchin des Hochwürden hatte erzählt, daß sie äußereheliche intimste Freuden durch die leibliche Nürforge des Pfarrers genossen habe. Der Pfarrer klagte darauf wegen Verleumdung. Vor dem Schöffengericht beschwor der Pfarrer, nie mit der Köchin geschlechtlich verkehrt zu haben. Die Köchin wurde darauf zu sechs Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Köchin legte Verufung ein und führte zum Beweis der Wahrheit ihrer Behauptung an, der Pfarrer habe an einem unter normalen Verhältnissen unzugänglichen Körperteil ein Muttermal. Der Pfarrer erklärte, er wisse nicht, ob er solchen Fleck an der bezeichneten Stelle habe. Der Verteidiger beantragte: Entkleidung des Pfarrers und ärztliche Untersuchung. Dem wurde trotz des Protestes des Pfarrers stattgegeben. Die Beugungseigenschaft durch den Gerichtsarzt fand dann in Abwesenheit der Angeklagten statt. Und siehe da: Der Fleck war da. Der Pfarrer wollte nun glauben machen, daß die Köchin das Mal vielleicht — durch das Schlüsselloch bemerkt habe. (Das mühten aber im Pfarrhof große Schlüssellocher sein!) Der Vorsitzende machte ihn darauf aufmerksam, daß solcher Blick bis zu der Stelle des betreffenden Körperteils durch das Schlüsselloch unmöglich sei. Festgestellt wurden in der Verhandlung außerdem einige Momente, die auf ein sehr trauriges Verhältnis zwischen Pfarrer und Köchin schließen ließen. Der Staatsanwalt erklärte, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme der Pfarrer des Meineids dringend verdächtig sei. Das Gericht sprach die Angeklagte von der Anklage der Verleumdung frei, verurteilte sie aber wegen der durch die Erzählung begangenen einfachen Beleidigung zu 20 Mark Geldstrafe. — Der Staatsanwalt war über den Geistlichen sehr enttäuscht, weil er es mit der Wahrheit gar nicht genau nahm.

Die paradiesische Unschuld des Pfarrers dürfte demnach nicht vor den Geschworenen zu erscheinen haben, wenn er es nicht vorzieht, seinen Amtsbruder aus Kolbermoor in Amerika zu besuchen. — Wenn wir auf diesen Fall in einem gewerkschaftlichen Blatt hinweisen, so deshalb, weil die Zentrumspresse täglich über die Unmoral der „freien Gewerkschaften“ zetert, natürlich nur zu dem Zwecke, um die Seitenprünge mancher schwarzer Zentrumsstreiter verschweigen zu können.

**Die dänischen Gewerkschaften im Jahre 1909.** Ein glänzendes Bild stetiger Entwicklung zeigen die dänischen Gewerkschaften, die sogar in den Zeiten der schlimmsten Krise ihren Mitgliederbestand andauernd erhöhen konnten. Den zentralisierten Gewerkschaftsverbänden Dänemarks, so heißt die dortige gewerkschaftliche Landeszentrale, gehörten am 1. Januar 1910 insgesamt 98 643 Mitglieder an gegen 96 651 am 1. Januar 1909 und 90 253 am 1. Januar 1908. Die Zunahme im Jahresdurchschnitt war noch höher; sie betrug etwa 8000 im Jahre 1909. Die Gesamtmitgliedszahl verteilt sich auf 52 Zentralverbände mit 1241 Verwaltungsstellen sowie 9 Lokalvereine. Die Einnahmen im Jahre 1909 betrugen insgesamt 3 478 909 Kronen gegen 2 222 217 Kronen im Vorjahre, die Ausgaben dagegen 3 012 911 Kronen gegen 2 124 143 Kronen im Vorjahre; 843 753 Kronen wurden für den Streik in Schweden verausgabt. Die zu reinen Unterstützungszwecken verwandten Summen sind demnach von 968 417 Kronen im Jahre 1908 auf 1 551 541 Kronen im Jahre 1909 gestiegen! Das Gesamtvermögen der Gewerkschaften betrug über 3½ Millionen Kronen. Im Jahre 1909 besaßen 44 Unterstützungskassen für Arbeitslose — darunter 43 gewerkschaftliche — die vom Staate oder den Gemeinden vorgesehenen Zuschüsse oder Subventionen zur Arbeitslosenversicherung. Diefelben umfaßten 83 836 Mitglieder, einschließlich 6634 weibliche. Die Subventionen des Staates erreichten im letzten Jahre die Höhe von

insgesamt 576 159 Kronen; dazu kommen noch bedeutende Mittel, die von den einzelnen Gemeinden für den gleichen Zweck bereitgestellt wurden. So subventionierte die Stadt Kopenhagen z. B. die Arbeitslosenstellen im Jahre 1909 mit 131 079 Kronen. Hier sind nicht gerechnet die Summen, die allenthalben infolge eines besonderen Notstandsgesetzes zur Unterstützung der ausgesteuerten Arbeitslosen zur Auszahlung gelangten.

Die immer straffere Organisation der Arbeiterschaft ermöglicht in steigendem Maße die Beendigung der Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung, die im verfloffenen Jahre nur bei 2600 Beteiligten stattfand, während 28 771 Mitglieder an Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung beteiligt waren. Der Mindestlohn konnte für 8200 Mitglieder, die Akkordlöhne für 1235 Mitglieder erhöht, die Arbeitszeit für 897 Mitglieder durch Tarifverträge verfürzt werden.

### Literarisches.

**Deutsche Konkurrenz.** Verlag bei Seemann, Leipzig. Heft 12. Zur Abbildung gelangen die Entwürfe zum Gleiswäger Rathaus. Für die Preisverteilung kamen 16 000 Mk. in Betracht. Das Rathaus selbst kostet etwa 1 500 000 Mk. Den 1. Preis erhielt der Architekt Fritzsche-Bremen. Sein Entwurf ist sehr gelungen, der Turm weist mittelalterliches Gepräge auf. Anscheinend werden ziemlich viele Steinmetzarbeiten verwendet. Es kämen dann nur schlechte Steine in Betracht.

**Jahresbericht der Frankfurter Bauarbeiterschulskommission.** Der Bericht behandelt die Tätigkeit des Bauarbeiterkontrollrats für das verfloffene Jahr. Und man muß sagen, nach den gemachten Aufstellungen hat der Angestellte sein Amt mit großer Pflichttreue und Umsicht ausgeübt.

Der in seinem 35. Jahrgang vorliegende **Neue Welt-Kalender** für das Jahr 1911 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) enthält u. a.: Kalendarium. — Postalisches. — Beachtenswerte Adressen. — Statistisches. — Rückblick (mit Illustrationen). — Messen und Märkte. — Im Kreislauf des Jahres. — Die Niedergerittenen — reiten! Von Heinrich Ströbel. — Goldene Worte. — Die Jubiläums-Lorte. Eine lustige Geschichte von A. Ger (mit Illustrationen). — Landarbeiterflucht. Von Otto Braun. — Bissen im Gefängnis. Gedicht von Richard Wagner. — Eine neue Waffe. Von Simon Kagenstein (mit Illustrationen). — Schachlied. Gedicht von Alfons Pegold. — Der Käse. Erzählung von Klara Viebig (mit Illustrationen). — Geschichtliche Mitteilungen. — Auf parteigehässigem Boden in Westdeutschland. Von Dr. A. Conrady (mit Illustrationen). — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten (Statistisches). — Revolution in der Verkehrstechnik. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Nacht im Hafen. Gedicht vom Schelm von Bremen. — Sport und Arbeiter. Von Dr. H. Silberstein (mit Illustrationen). — Zwei Meisenkreise (mit Illustrationen). — Unsere Toten (mit Porträts). — Barcelona. Eine Episode (30. Juli 1909). Gedicht von Ludwig Lessen. — Fliegende Blätter: Der Untergang. Humoreske von Paul Enderling (mit Illustrationen). — Für unsere Rätsellöser. — Außerdem vier Bilder: Sonntagnachmittag. — Kein Feuer, keine Kohle kann brennen so heiß, als heimliche Liebe, von der niemand nichts weiß. — Jugend und Alter. — Waldinneres. — Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Steinklopfer. — Ein Wandkalender.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. Juli 1910.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Amberg, B. 5.—, Numund, B. 3.40, Blankenburg, Ab. 2.80, Einbeck, Ab. 1.80, Ulm, B. 49.70, K. 12.55, Volksberg, B. 38.—, K. 19.50, Wunsiedel, B. 58.80, K. 6.30, Weihenstadt, B. 157.50, K. 3.50, Reinheim, B. 58.80, E. 1.50, K. 1.80, M. 1.—, Mathenburg o. L., B. 91.—, Nürnberg, B. 731.68, E. 30.—, K. 70.90, Reg. B. 116.04, E. 1.—, K. 0.30, M. 0.80, Königsberg, B. 92.—, Jena, B. 65.78, E. 4.50, K. 4.—, Hamburg I, B. 91.55, K. 0.55, Göttingen, B. 84.—, K. 10.—, Eisenach, B. 23.45, K. 1.50, M. 2.80, Beucha, B. 761.99, E. 35.—, K. 28.—, Aunfischen, B. 76.—, K. 5.—, Duisburg, B. 69.—, Gommern, B. 1130.50, K. 1.10, M. 5.—, Herischdorf, B. 59.70, K. 0.30, Höchst i. Odenw., B. 79.—, E. 2.50, Jphofen, B. 73.08, E. 1.—, K. 7.40, M. 0.60, Knittlingen, B. 21.28, K. 1.30, Reichen I, B. 36.80, K. 3.70, Neuenstein, B. 55.85, K. 0.40, Rückers, B. 40.50, Rimbach, B. 169.26, M. 1.40, Rottenbauer, B. 81.42, E. 2.—, K. 3.—, Seebach, B. 165.60, Würzen, B. 183.95, E. 6.—, K. 2.90, Ehringsdorf, B. 4.50, Bensheim, B. 26.05, M. 0.95, Alsenz, B. 31.50, E. 0.50, K. 3.25, Peine, B. 11.85, Siegnig, B. 9.95, Dejeln, B. 6.60, Greifswald, B. 5.45, Liebenwerda, B. 4.25, Alsenz, B. 80.64, K. 5.45, Div. 4.25, Bischofswerda, E. 6.—, Naasdorf, B. 247.—, E. 12.50, K. 6.50, Eibelsdorf, B. 11.50, E. 5.50, K. 1.—, Ebershausen, B. 228.—, E. 3.75, M. 0.50, Eberfeld, B. 23.—, K. 1.—, Eberbach, B. 5.70, E. 0.75, K. 0.30, Erstein, B. 10.12, K. 0.40, Kappelrodeck, E. 25.50, K. 3.—, Magdeburg, B. 52.44, K. 0.20, Pilgramsreuth, B. 223.34, E. 1.—, K. 35.70, Forzheim, B. 46.—, K. 4.—, Würth a. M., B. 42.—, K. 1.50, Rütten, B. 14.72, E. 4.—, K. 3.50, Treuen, B. 138.—, E. 2.—, K. 18.25, Sulzfeld, B. 187.34, E. 1.—, K. 6.80, Rostock, B. 406.85, E. 1.75, K. 10.—, M. 0.40, Münster, B. 38.98, K. 1.50, Kupferdreh, B. 40.40, E. 1.50, K. 2.80, Frankfurt a. M., B. 348.22, E. 13.50, Frankfurt a. D., B. 90.10, E. 5.—, K. 10.90, Naasdorf, B. 0.80, K. 4.20, Friedenfeld, B. 12.96, E. 2.50, Hannover I, B. 256.22, E. 1.—, K. 12.70, M. 0.60, Königsberg, B. 34.04, Oldenburg, B. 59.80, K. 2.20, Birges, B. 1.96, Div. 4.04, Münnersdorf, B. 161.70, E. 4.—, K. 5.40, Hof (Bayern), B. 135.70, K. 8.20, Koblenz, B. 40.65, E. 1.—, K. 1.85, Bamberg, B. 199.—, Alsfeld-Göffenheim, B. 63.—, Harburg, B. 20.75, Ludwig Geist, Kassierer.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Osterholz.** Die Kollegen Fritz Hölcher und Aug. Stapel haben hier ihre Verbandspapiere liegen lassen. August Kiese, Kassierer.

**Kirchhausen.** Einige Unternehmer haben Kündigungen vorgenommen. Da wahrscheinlich Arbeitsmangel vorliegt, so mögen die Kollegen aus anderen Gebieten den Zugang nach hier fernhalten. Der Bezirksvertrauensmann.

**Sternenfels.** Die Kollegen Gottfr. Schlag u. Karl Schaffberger von Zaisersweher sind hier abgereist, ohne ihre Interimskarten mitzunehmen. Die Ortsverwaltung.

**Ibbenbüren-Osnabrück.** Johann Meid, geb. am 28. Februar 1876 in Kemgenich, hat seine Interimskarte in Unordnung hier zurückgelassen. Hermann Keil.

**Ziegelanger.** Reiseunterstützung wird nur von 7 Uhr abends ab ausbezahlt, auch die Markenausgabe erfolgt nur in dieser Zeit beim Kassierer Georg Distler, Ziegelanger b. Zeil a. M.

**Demitz-Thumitz.** Die organisierten Kollegen von Demitz-Thumitz und Birtenrode werden ersucht, sich Donnerstag, den 4. August, abends 8 Uhr, im Gasthof des Herrn Schramm in Demitz zahlreich einzufinden, zwecks einer wichtigen Besprechung. A. Purjche.

### Neue Zahlstellen.

**Blombacherbach (7. Gau).** Vors.: Gustav Ruff, Blombacherbach, Eichensteppen 21. Kass.: Georg Beck, Barmen-Mittelschulhaus, Bodmühlstraße 6a.

**Nieder-Ramstadt (Hessen) (8. Gau):** Vors.: Jakob Schmidt. Kass.: Georg Reinitz.

**Roburg (11. Gau).** Vors. u. Kass.: Karl Bauer, Kalenderweg 31.

### Adressen-Hendierungen.

- Reichen I. Vors.: Jos. Bergbauer, Zscheila, Proschwitzer Weg 8.
- Wunsiedelburg. Vors.: Reinhold Kaschitzky, Glazer Str. 62.
- Halberstadt. Vors.: Karl Perl, Bleichstraße 14.
- Ziegelanger (Post Zeil a. M.). Vors. u. Kass.: Georg Distler.
- Kirchhausen o. L. Vors.: Andreas Reingrubler, Hofbronnengasse.
- Dörschburg. Kass.: August Ritter.

### Briefkasten.

M. in K. Das muß ja eine nette Namenstagsfeier gewesen sein. Besten Gruß! — ? Vielen Dank für die Zusendung des amtlichen Berichts. Findet gelegentlich Verwertung. — A. Es geht Dir briefliche Mitteilung zu. Daß unsere Kollegen gern etwas Ill treiben, wissen wir schon. Besten Gruß! — E. in K. Hoffentlich bist bald wieder mobil. 18 Jahre auf schließlichem Sandstein zu arbeiten, ja das genügt. Viele Grüße! — Um. 1. Unter Triforium versteht man in gotischen Kirchen eine auf Säulchen ruhende Galerie, welche in der Mittelschiffmauer aus dekorativen Zwecken angebracht ist. 2. Wende Dich an die technische Buchhandlung Maier in Ravensburg. — Regensburg. Wurde berücksichtigt. — Ruhmannsfelden. Wird schon befragt. Aber diesmal fest zusammenstehen. Besten Gruß! — Antez. Die Reichsversicherungsordnung wurde im „Steinarbeiter“ doch sehr eingehend behandelt. — G. in K. Die Lokalaufschläge sind in der Quartalsabrechnung unterzubringen in der Rubrik: Mehrerlös aus den Beitragsmarken. Viele Grüße! — Waltersdorf. Pleuritis bedeutet Brustfellentzündung. Wünschen gute Besserung.

Diejenigen Zahlstellen, welche im „Steinarbeiter“ ihre Jahresstatistiken veröffentlichen wollen, mögen dies umgehend der Redaktion mitteilen.

### Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

### Auf höhere Stellen in der Praxis

bereiten die Selbstunterrichtswerte System Karnack-Hachfeld vor: **Steinmetzmeister, Strassenbautechn., Polier, Bautechn.** Glänzende Ergebnisse. Dankschreiben. Ansichtssendungen. Kleine Teilzahlungen. **Bonness & Hachfeld, Potsdam-W.18.**

**Federnde Steinschlaghammer**  
D. R.-G.-M.  
**Praktische Neuheit!**  
Preis Mk. 6.—.  
Versand unter Nachnahme.  
**Albert Baumann, Aue (Erzgh.)**  
Werkzeugfabrik.

**Heinrich Tauch**  
Spitzkunnersdorf (Sachsen)  
empfiehlt den Steinarbeitern seine bewährten **Double-Leder-Hosen**  
in weiß, silbergrau und braun, nur Prima-Ware, jede Hose 5 Mk. frei ins Haus. Angabe von Schrittlänge und Bundweite genügt für guten Sitz. — Eigene Fabrikation. — Muster franko. — Lobende Anerkennungen.

**Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte**  
**Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine**  
**Werkzeuge und Werkzeugstahl**  
empfiehlt zu billigen Preisen  
**Max Muster, Eisenhandlung**  
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.  
Preisliste gratis und franko.

**Schürzen**  
Hausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadett-, Leder- und Wadstüch, Soden in eigener Anfertigung — empfiehlt preiswert  
**Emil Keidel** Spezial-Geschäft in Berufskleidung  
Eigene Anfertigung.  
**Hamburg 6, jetzt Bartelsstraße 93.**

**Steinbrecher und Bossierer**  
sofort gesucht. Steinbrüche Altoschatz bei Dösch.  
**Mehrere tüchtige Marmorschleifer**  
auf Massivarbeiten finden Beschäftigung bei **Josef Zwisler, Bau- und Steingeschäft** München, Zielstraße 57.

**15 bis 20 tüchtige**  
**Pflastersteinschläger und Bossierer**  
werden sofort gesucht. Zu melden bei **Bruchmeister Höger, Granitwerke Zierold** Auerhammer bei Aue (Erzgebirge).

**Gestorben.**  
In Mittelsteine der Kollege August Rege, 31 Jahre alt, an der Berufsfrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

## Der Steinarbeiterschutz in Preußen.

In der Steinindustrie des Königreichs Preußen sind in 6249 Betrieben 75 510 Arbeiter beschäftigt. Und diese Steinarbeitermassen finden vornehmlich im Rheinland, Westfalen und in Schlesien. Die Beaufsichtigung der Betriebe ist deshalb mit besonderen Schwierigkeiten nicht verknüpft. Die Steinbruchgebiete hängen meist zusammen. Der preussische Gewerbeinspektionsbericht für 1909 zeigt aber mit großer Deutlichkeit, wie ungenügend die Bundesratsverordnung durchgeführt wird. Und dabei muß man bedenken, daß die preussische Regierung alles in dem Bericht sehr wohl kritisiert, damit sie mit ihren guten sozialpolitischen Absichten den Unternehmerkreisen gegenüber gut Stand halten kann.

Die Steinbruchbesitzer und deren Aufseher haben eine mangelhafte technische Bildung, so berichtet der Beamte für den Bezirk Dillenburg. Meist werden ältere Leute angestellt, die in theoretischer Weise vom Steinbruchsabbau nicht die genügende Ahnung haben. Wörtlich heißt es:

Dazu kommt vielfach neben dem Mangel einer ausreichenden Schulbildung das Fehlen der elementaren Kenntnisse in der Gesteinskunde, der Maschinenkunde, der Behandlung und Verwendung der verschiedenen Sprengstoffe, der Gesetzeskunde, Unfallversicherung usw. Darunter leidet nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Steinbruchbetriebe. Diese Erkenntnis hat den Gewerbeinspektor von Dillenburg veranlaßt, in einem Vortrag auf der Hauptversammlung des Verbandes westfälischer Steinbruchbesitzer in Köln die wirtschaftliche und technische Bedeutung einer besseren Ausbildung der Bruchmeister und die Errichtung einer besonderen Fachschule anzuregen, die in ähnlicher Weise wie die Bergschulen eingerichtet werden müßte.

Diese Ausführungen können wir als Arbeiter Wort für Wort unterschreiben. Die Steinbruchbesitzer lassen häufig nach den Methoden arbeiten, die aus Großvaters Zeiten stammen, die technischen Neuerungen sind so vielen ein Greuel. Und wie ist es mit dem Aufsichtspersonal bestellt. Wir kennen viele Posten, die nur mit Aufwendung aller geistigen und physischen Kräfte, der Not gehorchend, ihren Namen kriechen können. Sie mögen gut als Antreiber sein, aber in bezug auf technische Leitung eines Steinbruchs fehlen ihnen die elementarsten Kenntnisse. Und fragt diese Leute erst bezüglich der Gesetzeskunde und der Arbeiterschutzbestimmungen? Sie werden von einem banger Grauen erfaßt, wenn sie über diese Materie erfragt werden. Ein mangelhaft vorgebildetes Aufsichtspersonal ist in den Steinbruchbetrieben nicht in der Lage, dafür Sorge zu tragen, daß die Betriebe so geleitet werden, daß dabei Leben und Gesundheit der Arbeiter genügend geschützt würde. So ein Bruchmeister ist sich zum Beispiel sehr oft selbst nicht bewußt, wie gefährlich die Schieferarbeiten sind. Und solche Leute, die nur die althergebrachten Betriebsweisen kennen, denken sehr häufig, nun, es ist nicht schlimm, wenn etliche Unfälle vorkommen, das gehört eben mit zum Geschäft.

Große Enttäuschung herrscht unter den Sandsteinschneidern des Bezirks Hildesheim. Sie vermissen mit Recht, daß die „erweiterte“ Bundesratsverordnung für sie keine Vorteile gebracht hat. Die Brecher meinen sehr richtig, daß ihre Arbeit mindestens so gesundheitsschädlich sei wie die der Postierer und Steinmehlen. Der betreffende Beamte scheint auch der Ansicht zu sein, daß die Brecher mit ihren Forderungen völlig im Rechte sind. Der Berichterstatter desselben Bezirks nimmt darauf Bezug, daß in unserer Industrie der jugendliche Nachwuchs fehlt! Das ist doch ganz natürlich, weil auch die Landleute erkannt haben, daß sie langsamen Selbstmord begehen, wenn sie das Steinmehlhandwerk erlernen würden.

In den Steinbrüchen des Eichsfeldes mangelt es seit jeher an Trinkwasser. Die dortige Steinindustrie ist schon sehr alt, die Steinbrecher und Steinmehlen werden von der Schwindsucht sehr stark mitgenommen, aber die

Unternehmer taten bisher nicht das geringste, um an Stelle des mangelnden Wassers andre Getränke zur Verfügung zu stellen. Zur Begründung sagen sie: die Industrie gestattet eine solche soziale Fürsorge nicht. Kommentar überflüssig.

Der Beamte für Münster teilt mit, daß sich unser Kölner Gauleiter (Hermann) mehrfach beschwerdeführend an die Gewerbeinspektion wandte. Die schriftlichen Darstellungen hätten sich immer als begründet erwiesen. — Wieder ein Beweis, daß unsere Funktionäre mit der nötigen Gründlichkeit vorgehen, wenn es gilt, die Rechte der Arbeiter zu wahren. Aber, wie würde es mit dem Steinarbeiterschutz erst stehen, wenn unsere Funktionäre die behördlichen Organe auf die bestehenden Mißstände nicht aufmerksam machen würden?

Eingegangen sei kurz auf die Lage der Kalksteinarbeiter in Kalkberge (Mark). In den Brüchen sind beschäftigt 1042 Arbeiter, außerdem noch 18 Werksbeamte. Wir können uns somit einen Begriff von der Ausdehnung dieses Kalksteinbruchs machen. Im Werk besteht ein Konsumverein, der 509 490 Mk. Umsatz hatte. Die Direktion scheint sich somit um das Wohl der Leute, auch außerhalb der Arbeit, sehr stark zu bekümmern. In erster Linie wird man davon ausgegangen sein, daß die gewerkschaftliche Organisation niedergehalten werden sollte. Bei den Steinbrucharbeitern betrug der durchschnittliche Schichtlohn 1908: 4.01 Mk., 1909: 4.15 Mk., bei den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern 1908: 1.97 Mk., 1909: 1.99 Mk.

Im verflossenen Jahre sind 40 Unfälle vorgekommen, 2 davon nahmen einen tödlichen Ausgang. Desgleichen wird ein schwerer Unfall beim Schießen gemeldet. Die Brüche sind fiskalisch, vom Reingewinn erhält die Stadt Berlin etwa den fünften Teil.

Eine recht interessante Bemerkung finden wir im Wiesbadener Bericht. Es heißt auf Seite 389:

Eine äußerst starke und zweifelsohne gesundheitsschädliche Staubbildung findet in den sogenannten Schotterwerken statt, in denen der Abfall der Steinbruchbetriebe zerkleinert und durch Zylinderwerke in verschiedene Größen getrennt wird. Die Staubbildung ist um so größer, je trockener das Material ist. Die Gewerbeaufsichtsbeamten sind daher schon seit Jahren bemüht, dafür zu sorgen, daß der entstehende Staub beseitigt, oder die Staubbildung verhindert oder wenigstens stark eingeschränkt wird.

Da wäre es doch am besten, wenn für die Schotterarbeiter ohne weiteres die Bundesratsverordnung Platz greifen würde. Ein Steinbruchbesitzer meinte ja, die Steine könnten nicht angefeuchtet werden, weil der Staub an den Steinen haften bleibe und beim Bahntransport abfalle. Es hat sich aber gezeigt, daß diese Vermutung nicht richtig war. Der Unternehmer war anscheinend sehr um seinen Profit besorgt. Einige Unternehmer scheinen doch etwas weitsichtiger zu sein. Es heißt auf Seite 369: „Zur Niederschlagung von Staub in Steinbruchbetrieben (Knackerbetrieben) gegen den bisher nur mit mäßigem Erfolg angewandt wurde, haben mehrere Betriebe Abdampf in Anwendung gebracht, eine Neuerung, die sich zu bewahren verspricht.“ Hoffentlich gibt es mehrere solcher Unternehmer, die derartige Vorrichtungen anbringen lassen.

Im Bezirk Merseburg kam eine bedauerliche Dynamitexplosion vor. Es wurden dadurch in einem Steinbruch drei Tagelohnarbeiter getötet. Die Arbeiter ließen die Patronen in eine Felspalte hinein. Die Patronen kamen dabei zur Explosion und drei fleißige Kollegen mußten ihr Leben lassen. — Im Bezirk Kassel kamen sogar fünf Steinarbeiter ums Leben, drei verunglückten beim Unterhöhlen. Besonders gefährlich ist die Arbeit in den Sandsteinbrüchen zu Gelnhausen. Den Unternehmern ist das Unterhöhlen gestattet worden, denn sonst hätten sie nach ihrer Angabe die Betriebe einstellen müssen. (!) In einem Steinbruche hatte die Unterhöhlung nicht den gewünschten Erfolg, es mußte wegen Lebensgefahr Abperrung er-

folgen. — Im Bezirk Wiesbaden entfallen auf die Steinindustrie sogar 8 Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang. In der deutschen Sandsteinindustrie scheint man dazu übergehen zu wollen, daß die „Unterhöhlungsarbeiten“ immer mehr eingeführt werden sollen. Unse Steinbrecher sollen gegen ein solches Verlangen Protest einlegen, die Unterhöhlungsarbeit ist äußerst lebensgefährlich.

Im Bezirk Erfurt scheinen mit Vorliebe jugendliche Arbeiter beschäftigt zu werden. Ein Steinbruchbesitzer wurde zu der „horrenden“ — Geldstrafe von 15 Mark verurteilt, weil er einen Jungen zum Pflastersteintransportieren verwandte. Ein Verführer wurde zu 10 Mk. Strafe verdonnert, weil er schulentlassene Kinder 10 Stunden im Steinbruche schuften ließ. Die „Gesetzesverächter“ haben wirklich Schwein, weil sie wegen der begangenen Missetaten so billig wegkommen. — Deutschland hat die beste Justiz für die — Unternehmer. — Im Koblenzer Bezirk können die Unternehmer nicht einsehen, daß jugendliche Arbeiter nicht mehr Steinkloppen dürfen. Sie haben schon öfters reklamiert, natürlich mit negativem Erfolge.

Die Bevorzugung ausländischer Arbeitskräfte in der Steinindustrie ist eine bekannte Tatsache. Der Liegnitzer Beamte gibt darüber seinem Anwillen kurz und bündig Ausdruck:

Die Arbeiter aus fremden Völkern fassen stetig mehr Fuß im Regierungsbezirk und bilden eine wachsende Gefahr für das Erwerbsleben der deutschen Arbeiter.

Diese Ausführungen können wir als sehr richtig unterstreichen. Die Steinbruchbesitzer lenken beim Engagement von Arbeitern ihre Schritte sehr gerne ins Ausland. Einzelne Gebiete, wo in der Steinindustrie der ausländische Arbeiter dem einheimischen vorgezogen wird, brauchen wir nicht besonders anzuführen.

In Stralsund wird die neunstündige Arbeitszeit durch die Sandsteinmehlen nicht immer eingehalten. Es mußten öfters Revisionen abgehalten werden, damit der neunstündige Arbeitstag zur Geltung gebracht werden konnte. Wenn in Städten die Bundesratsverordnung so mißrätlich eingehalten wird, wie wird es dann erst in den Steinbrüchen aussehen.

Summa Summarum: Unse Kollegen in Preußen müssen mit aller Energie und Fähigkeit dahin wirken, damit die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen respektiert werden.

## Konzentration im Baugewerbe.

Ein eigenartiges Bild im heutigen Wirtschaftsleben ist das Herauswachsen von Riesenbetrieben. Diese Spezialität bemerken wir nicht nur in der Bergwerks- und Eisenindustrie, in der Textil- und Porzellanbranche, nein, auch im Baugewerbe zeigen sich dieselben Symptome. In der Nr. 25 des „Steinarbeiter“ verwiesen wir auf das gewaltige Tiefbauunternehmen Holzmann u. Comp. in Frankfurt a. M., und heute wollen wir einen Artikel Calwers aus der „Bauwelt“ wiedergeben, welcher sich mit den großkapitalistischen Verhältnissen im Baugewerbe befaßt. Calwer schreibt:

Das Charakteristikum der modernen Entwicklung der Unternehmung, das sich während der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts in allen Wirtschaftszweigen in mehr oder weniger hohem Maße zur Geltung gebracht hat, ist die Konzentration des Kapitals. Diese Tendenz, an die Stelle der vielen kleinen und mittleren Unternehmungen mit geringem Kapital große kapitalgewaltige Unternehmungen ins Leben zu rufen und somit das Kapital in großzügiger Form zu konzentrieren, hat in das Baugewerbe ziemlich spät ihren Eingang gefunden, bis seit Ende des neunzehnten Jahrhunderts nun um so rascher eine starke Konzentration des Kapitals sich im Baugewerbe ankündigt, welche der Großunternehmung die

## Einfache Methode des Abbaues in Steinbrüchen.

Nachdruck verboten.

ATK. Die Methoden zur Steingewinnung in einem Bruche richten sich naturgemäß wesentlich nach der Art des zu gewinnenden Materials und dem Verwendungszweck desselben. Weiches Material, wie Ton, Sand und Kalk, bietet nur geringe Schwierigkeit beim Abbau mit Pickel und Schaufel; doch darf auch bei diesem den Grundregeln rationaler Förderung nicht zuwidergehandelt werden, sowohl aus Gründen der Wirtschaftlichkeit wie der Sicherheit.

Die Steinbrüche, welche härteres Material, zum Beispiel Sandstein, Granit oder Schiefer liefern, kann man in zwei Hauptklassen teilen, nämlich solche, bei denen der Wert des Ertrages von der Größe und der Form der Blöcke abhängt, und solche, bei denen die Menge der Produktion besonders ins Gewicht fällt.

In den Steinbrüchen der ersteren Art wird die Förderung entweder durch Handarbeit allein oder durch besondere, durch Maschinerie getriebene Werkzeuge vorgenommen. Explosivstoffe kommen in verschiedenen Steinbrüchen überhaupt nicht in Betracht, da manche Steinarten durch Sprengstoffe zu schwer beschädigt werden und in andern Brüchen wiederum die Art der Lagerung und Spaltung dieselben unnötig macht. Die Methoden des Abbaues von Hand sind je nach der Lage des Steinbruchs verschieden. Viel spricht bei ihnen die Tradition mit; manche Handgriffe haben sich seit vielen Generationen, oft seit den ältesten Zeiten, durch Ueberlieferung mit nur unwesentlichen Abweichungen bis auf die Gegenwart fortgepflanzt. Wir wollen uns hier nur mit den gebräuchlichsten Methoden beschäftigen und von einer Schilderung maschinellen Betriebes absehen.

Eine der einfachsten Formen des Hartsteinabbaues ist zum Beispiel in verschiedenen Schieferbrüchen gebräuchlich. So wechselt zum Beispiel häufig dünne Schichten Kalkstein mit Schiefer ab; sind sie durch natürliche Spaltungen getrennt, so vermag man große Stücke lediglich mit dem Brecheisen aufzuheben und Winderketten darunterzuschleppen, um sie dann mittels eines Krans aus dem Bruche herbeizubringen zu können. Dann werden die Platten mittels zweier Stahlseidern, zwischen denen ein kleiner Eisen- oder Stahlkeil eingetrieben, gespalten und in die rechte Form gebracht. Längs der beabsichtigten Bruchlinie werden also kleine

Vöcher hergestellt, in jedes zwei Seidern und der Keil eingeführt; wenige Schläge genügen dann, die Spaltung herbeizuführen.

Ueberhaupt findet bei der Handförderung der Keil ausgebreitete Anwendung, manchmal in seiner einfachsten Form. Mit dem Meißel werden kleine Höhlungen in den Fels gehauen und in diese recht fest und dichtschließend Holzkeile eingetrieben. Diese werden dann von Zeit zu Zeit durchfeuchtet, so daß schließlich das Aufquellen des Holzes das Zerspringen des Steines von selbst bewirkt.

Zum Bohren der Vöcher für die Keile wird häufig ein Stoßbohrer benutzt. Es ist dies eine Eisenhänge mit Stahlspitze, deren Ende meißelförmig geschmiebet ist. Es gibt verschiedene Arten von Stoßbohrern. Bei hartem Gestein, wie zum Beispiel Granit, sind zur Herstellung eines 5 Zentimeter tiefen Loches etwa 100 Schläge mit dem Stoßbohrer erforderlich.

Das Handbohren geschieht entweder durch das eigene Gewicht des Bohrers, den man hebt und fallen läßt, respektive stößt, und kann dann durch einen Mann ausgeführt werden oder durch Hammerschläge, die auf den Bohrerkopf ausgetrieben werden. In letzterem Falle vollbringen zwei Mann die Arbeit, wie ich dies oben geschildert habe. Nicht selten sind aber auch drei Mann an einem Bohrloch beschäftigt. Dann hat einer im Sitzen den Bohrer zwischen den Knien; er hat nichts weiter zu tun, als ihn in vertikaler Richtung zu halten und ihn nach jedem Schläge leicht zu drehen, während die beiden andern ihn abwechselnd mit einem schweren Schmiedehammer eintreiben. Auf diese Weise kann man ein vertikales Bohrloch von 2½ Zentimeter Durchmesser in Granit auf 40 Zentimeter Tiefe pro Stunde, in Kalkstein auf etwa 75 Zentimeter pro Stunde bohren. Um den Bohrer bei der Arbeit abzukühlen, wird Wasser in das Bohrloch gegossen. Das Bohrmehl wird mittels des Krägers, eines langstieligen, runden Köpfchens, herausgeholt.

In manchen Steinbrüchen findet man vertikale Spaltungsflächen; man vermag dann nicht selten Blöcke von fester gemünsteter Größe durch Eintreiben von Keilen in horizontaler Linie zu erhalten. Mittels eines Spitzhammers wird zunächst eine Kerbe eingehauen, in dieselbe werden Keile eingesetzt und mit einem acht Kilogramm schweren Hammer eingetrieben; allerdings läuft die Spaltung dann nur selten gerade, meist wendet sie sich nach oben oder nach unten. Das weitere ist dann Sache der Bearbeitung, die größtenteils noch im Bruche erfolgt. Die so erzielten Blöcke wiegen 20 bis 30 Tonnen; sie werden durch Krane ausgehoben.

Größere Blöcke von 100 bis 400 Tonnen werden durch Schraubenwinden mit langen Hebeln von der Stelle bewegt.

Eine andre einfache Methode bildet das „Kannelieren“. Es werden von Hand aus mittels scharfer, spitz zulaufender Pickel Kreuz- und Querschnitte von 20 bis 30 Zentimeter Breite und 80 bis 120 Zentimeter Tiefe eingehauen, die das Gestein in große, zum Loslösen fertige Blöcke teilen. Das Loslösen geschieht durch Klauen (Hebeisen); danach heben Dampfkrane die Steine aus. Dieses System ist zwar billig, veranlaßt aber auch eine große Materialverschwendung.

Bei Kalksteinen mittleren Härtegrades werden auch wohl statt der Furchen einzelne Vöcher sehr nahe beieinander gebohrt. Im übrigen wird die Arbeit in vorstehend beschriebener Weise fortgeführt. Bei der Furchen- und Keilmethode sind häufig 24 Keile notwendig, bevor der Stein sich löst. Die losgehauenen Steine hebt man soweit, daß sich Kettenstangen darunter schieben lassen, hebt sie dann mit dem Kran heraus und befördert sie auf einer Feldbahn zur Steinlage.

In vielen Brüchen, die Schleifsteine produzieren, liegt der Stein horizontal in natürlichen Lagern von 60 bis 800 Zentimeter Dicke. Hier hat der Werkführer dann sein Hauptaugenmerk darauf zu richten, daß die herauszubehenden Teile nicht unnötig beschädigt werden und daß er Schleifsteine von möglichst großem Durchmesser erzielt. Es werden mit schweren Pickeln 15 bis 30 Zentimeter tiefe Einschnitte gemacht und in diese schwere Stahlkeile in 5 bis 8 Zentimeter Entfernung voneinander eingesetzt. Vier bis fünf Mann treiben die Keile dann mit schweren Hämmern ein, und binnen kurzem springt der Stein bis auf sein Naturlager, wodurch der Block frei zum Wegnehmen wird. Oftmals wegen diese Riesensteine 8 bis 10 Tonnen. Sie werden, wie oben erwähnt, durch Anheben, Unterschieben einer Kettenstange, und Befestigen derselben an einem starken Dampfstrahl mittels Stahlkabels gehoben.

Bei allen Handmethoden richtet sich der Abbau sehr wesentlich nach den natürlichen Eigenschaften des Steines; sowie danach, ob der Letztere eine freie Angriffsstelle bietet. In solchen Orten, wo Handbetrieb mit einfachen Hilfsmitteln schon seit Jahren gelibt wird, und wo sich schon ein Geschlecht von Bergleuten herangebildet hat, das mit Kunstgriffen aller Art vertraut und mit den besonderen Schwierigkeiten der betreffenden Steinart bekannt ist, wäre es in vielen Fällen gründlich zu überlegen, ob sich die Einführung neuer Methoden lohnen würde. Es wäre dabei auch noch zu bedenken, ob eine vergrößerte Förderung auch ihren Markt finden würde.

führende Rolle zugewiesen hat, die diese heute einnimmt. Ein Blick auf die Entwicklung der Aktiengesellschaft im Baugewerbe gibt Aufschluß über die Konzentration des im Baugewerbe investierten Kapitals. Es bestehen zurzeit 207 Aktiengesellschaften im Baugewerbe, die über ein Aktienkapital von insgesamt 332 241 450 Mk. verfügen. Von diesen Gesellschaften charakterisieren sich indes 47 als gemeinnützige Bauunternehmungen, welche den Zweck verfolgen, den Unbemittelten billige Wohnungen zu verschaffen; sie dürfen wegen ihres mehr charitativen Charakters aus der Betrachtung ausgeschlossen werden, und es wird auf sie nur anhangsweise mit einigen Worten unten eingegangen werden.

Die übrigen 160 Aktiengesellschaften, im technischen Sinne reine Erwerbsunternehmungen, verfügen zusammen über ein Aktienkapital von 320 241 450 Mk.; das durchschnittliche Aktienkapital beträgt mithin 2 001 500 Mk. Von diesen befaßen sich 30 mit der Ausführung von Bauten als alleinigen Geschäftszweck, während die übrigen 130 Aktiengesellschaften neben der Bautätigkeit andre mit dieser mehr oder weniger im Zusammenhange stehende Zwecke verfolgen, vor allem sich mit Terraingeschäften befassen.

Wie die Entwicklung sich gestaltete, bis es zu dieser riesigen Kapitalkonzentration kam, wie sie heute im Baugewerbe zu bemerken ist, wird die nachstehende Tabelle deutlich machen. Von den heute bestehenden 160 Aktiengesellschaften wurden gegründet:

in den Jahren	Gesellschaften	mit einem Aktienkapital von insgesamt
		Mark
1860—64	—	—
1865—69	2	990 000
1870—74	22	58 322 700
1875—79	1	750 000
1880—84	4	7 920 000
1885—89	4	7 400 000
1890—94	8	8 305 000
1895—99	36	52 690 000
1900—04	38	94 300 000
1905—09	45	90 407 000
		321 084 700

Wie aus dieser Uebersicht hervorgeht, ist vor dem großen Kriege von einer Konzentration des Kapitals im Baugewerbe nicht viel zu merken; dagegen setzt in der ersten Hälfte der 70er Jahre eine ungewöhnlich starke Bewegung ein, welche Kapitalmassen in einem früher nie gekannten Umfange konzentriert; es wurden in den ersten Jahren nach dem Kriege von den heute noch bestehenden Gesellschaften 22 Aktienunternehmungen gegründet mit einem Aktienkapital von insgesamt 58 322 700 Mk. Dann aber folgt in den nächsten Jahren eine um so größere Reaktion, welche die Gründungsstätigkeit erlahmen ließ, bis erst in den 80er Jahren wieder kleine Ansätze zu einer weiteren Konzentration zu bemerken sind. Doch erst mit den letzten Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzt eine Bewegung ein, welche sowohl hinsichtlich der Zahl der neugegründeten Aktiengesellschaften als auch hinsichtlich der Masse des in diesen konzentrierten Kapitals die vorhergehenden Jahre um das Vielfache übertrifft. Bemerkenswert dabei ist die Mäßigkeit, mit welcher diese Bewegung Ende der 90er Jahre einsetzt, und die Stetigkeit dieser Erscheinung, welche von 1895 bis heute fortdauert. Allein 119 von den heute bestehenden Aktiengesellschaften sind erst in den letzten 15 Jahren gegründet worden, das heißt 74,4 Prozent, und das Aktienkapital dieser Gesellschaften in Höhe von 237 397 000 Mk. stellt allein 74 Prozent des gesamten im Baugewerbe in Aktienform investierten Kapitals dar.

Auf Berlin entfallen allein 34 von den heute bestehenden Aktiengesellschaften, das heißt 21,3 Prozent von der Gesamtzahl, und diese Berliner Großunternehmungen verfügen über ein Gesamt-Aktienkapital von 106 485 000 Mk., also fast über den dritten Teil des gesamten im Baugewerbe investierten Aktienkapitals.

Die Konzentrationsbewegung verläuft im Berliner Baugewerbe im allgemeinen ganz analog der Gesamtentwicklung im Reiche, wie aus folgender Tabelle ersichtlich ist. Es wurden in Berlin gegründet:

in den Jahren	Aktien-Gesellschaften	mit einem Aktienkapital von insgesamt
		Mark
1870—74	6	20 013 000
1875—79	—	—
1880—84	2	7 500 000
1885—89	—	—
1890—94	2	3 300 000
1895—99	5	8 760 000
1900—04	5	25 700 000
1905—09	14	39 650 000
	34	104 923 000

Auch hier haben die letzten fünfzehn Jahre, von den sogenannten Gründerjahren abgesehen, eine früher nie gekannte Konzentration des Kapitals gebracht: allein 24 von den heutigen Berliner Aktiengesellschaften im Baugewerbe, deren Aktienkapital zusammen 74 110 000 Mk. beträgt, sind in diesen Jahren gegründet worden. Die weitaus größte Kapitalkonzentration ist aber erst in den letzten fünf Jahren im Berliner Baugewerbe eingetreten: 14 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 39 650 000 Mk. sind erst seit 1905 entstanden.

Die andern deutschen Städte bleiben in dieser Beziehung weit hinter der Reichshauptstadt zurück. Es wäre vor allem München zu nennen, als Sitz von 17 Aktiengesellschaften, welche ein Aktienkapital von 48 468 000 Mk. repräsentieren, und Frankfurt a. M., welches 10 Aktiengesellschaften mit einem Aktienkapital von insgesamt 19 450 000 Mk. im Baugewerbe aufweist. Dann folgen Düsseldorf, wo 8 Aktiengesellschaften mit 11 210 000 Mk. Aktienkapital, und Breslau, wo 6 Aktiengesellschaften mit 9 860 000 Mk. Aktienkapital ihren Sitz haben, endlich Hannover und Hamburg mit je 5 Aktiengesellschaften, welche über ein Aktienkapital von 8 568 000 bzw. 4 520 000 Mk. verfügen, während die übrigen deutschen Städte keine stärkere Konzentration des Kapitals im Baugewerbe erkennen lassen.

Im Gegenjah zu diesen dem Erwerbszweck dienenden Bauunternehmungen, welche eine immer mehr zunehmende Konzentration des Kapitals im Baugewerbe fundun, ist bei den gemeinnützigen Baugesellschaften, welche immerhin ein Aktienkapital von insgesamt 11 486 750 Mk. verkörpern, ein Rückgang der Gründungen in den letzten 20 Jahren zu verzeichnen. Freilich handelt es sich bei diesem Rückgang um die Bildung von Aktiengesell-

schaften. Ein andres Bild würde sich bei der Erfassung der Baugenossenschaften ergeben. Es wurden nämlich Aktiengesellschaften gegründet:

in den Jahren	Aktien-Gesellschaften	mit einem Aktienkapital von insgesamt
		Mark
1890—94	8	1 084 000
1895—99	6	3 060 000
1900—04	3	395 000
1905—09	8	660 000

Während im ersten hier aufgeführten Jahrzehnt 14 gemeinnützige Bauunternehmungen mit einem Aktienkapital von 4 144 000 Mk. ins Leben gerufen wurden, waren es in den letzten zehn Jahren nur 11 Gesellschaften, deren Aktienkapital zusammen 1 055 000 Mk. betrug.

## Die Schiffabgaben und die Steinindustrie.

Preußen hat über die übrigen Bundesstaaten wieder einen ekklatanten Sieg errungen. Die Schiffabgaben werden wahr-scheinlich Gesetz, zum Schaden der Industrie. Auch die Stein-industrie wird darunter sehr stark leiden müssen. Von einem größeren Proteste der Steinindustriellen haben wir nichts vernommen, nur die Elbhandelskammer ließen durch die Dresdener Handelskammer dem Bundesrat eine dementsprechende Petition überreichen.

Zur Beschönigung dieser neuen Belastung wird angeführt, daß die Wasserstraßen heute einen beträchtlichen Aufwand an Mitteln erfordern, da die Flußregulierungen immer kostspieliger werden. Ferner soll die neue Abgabe ausschließlich zur Bestreitung solcher Ausgaben verwendet werden, die gemacht werden, um den Verkehr zu erleichtern. Dieses Raisonement trifft indessen daneben. Bisher wurden diese Ausgaben aus den allgemeinen Staatsmitteln bestritten und es trat keine Verteuerung des Verkehrs ein; wird dagegen eine Abgabe von den Schiffen erhoben, die auf natürlichen Wasserstraßen verkehren, so tritt eine Verteuerung der transportierten Güter ein. Diese Verteuerung wird dann mit Zins und Zinseszins auf die Konsumenten abwälzt, eine neue künstliche Verteuerung der Waren ist die unausbleibliche Folge.

In dem Gesetzentwurf wird über die Höhe dieser Abgaben Definitives nicht bestimmt. Es sollen „Stromverbände“ gebildet werden, denen die an den einzelnen Strömen gelegenen Staaten angehören. Diese Verbände setzen die Abgaben fest nach Maßgabe der Kosten, die für den Strombau verwendet werden. Der Tarif soll einheitlich sein, und zwar für Güter in fünf Klassen mit tonnenkilometrischen Einheitsätzen, die nach Stromabschnitten unter Berücksichtigung der verschiedenen Leistungsfähigkeit dieser Abschnitte für den Verkehr abgestuft werden und für die einzelnen Klassen höchstens 0,02—0,04—0,06—0,08 und 0,1 Pfennige betragen sollen. Das „höchstens“ wird dann aber

## Die Zahlstellenverwaltungen

haben dafür Sorge zu tragen, daß unverzüglich mit einer nachhaltigen Hausagitation eingesezt wird. Der Geschäftsgang kann allgemein als ein guter bezeichnet werden, und da muß es uns gelingen, im dritten Quartal eine größere Zahl neuer Mitglieder zu gewinnen.

gleich durch den nachfolgenden Satz über den Haufen geworfen: die Sätze können erhöht werden, nur bedarf es dazu einiger Weisheitsigkeiten.

Um einen Anhalt für die Beurteilung der Höhe der Abgabe zu erhalten, nehmen wir folgendes Beispiel:

Die auf der Elbe verkehrenden Rähne haben eine Tragkraft bis zu 800 Tonnen. Die Entfernung auf der Elbe von Dresden bis Hamburg ist annähernd 500 Kilometer. Ein Rahn, der mit voller Ladung diese Tour macht, hat also die Abgabe für 400 000 Tonnenkilometer zu entrichten. Je nach dem Gute, aus dem die Ladung besteht, wären nach den obigen Sätzen 80 Mark bis 400 Mark zu zahlen. Das bedeutet eine Verteuerung der Fracht von Hamburg nach Dresden um 10 bis 50 Pfg. pro Tonne, vorausgesetzt, daß die genannten Sätze nicht noch weiter erhöht werden. Es ist klar, daß bei manchen Waren von hohem Gewicht und niedrigem Wert — zum Beispiel Pflastersteinen, Porzeln, Ziegeln, Erze, Kohlen — eine solche Verteuerung des Transports sehr bedeutend ist. Selbst bei Waren von höherem Werte (die dann auch in eine höhere Tarifklasse fallen) ist die Erhöhung sehr fühlbar. Es ist für die Preisgestaltung durch-aus nicht gleichgültig, ob eine Tonne Roggen, die von Hamburg nach Dresden geht, 50 Pfg. Fracht mehr oder weniger kostet.

Der Verkehr auf den Wasserstraßen ist gewaltig und steigt beständig. Nach der Reichsstatistik waren im Jahre 1887 auf den Flüssen 20 390 Schiffe mit einer Tragfähigkeit von rund 2,1 Millionen Tonnen im Betriebe, 1907 aber 26 235 Schiffe mit 5,9 Millionen Tonnen. Die Schiffe machen eine größere oder geringere Zahl von Fahrten im Jahre, je nach der Entfernung. Dabei fahren sie nicht immer mit voller Fracht und zuweilen auch ganz leer. Doch dürfte es kaum übertrieben sein, wenn wir pro Schiff und Jahr 20 Fahrten mit voller Ladung annehmen (die Dampfschiffe machen natürlich oft mehrere Fahrten pro Tag, die auf den Wind und Wasserlauf angewiesenen Rähne brauchen oft lange Zeit und machen je nach der Entfernung 10 bis 30 Fahrten im Jahre). Das wären dann 118 Millionen Tonnen Güter, die auf den Wasserstraßen transportiert werden. Selbst die geringste Verteuerung fällt also hier für die Volkswirtschaft schwer ins Gewicht.

Auch wenn man auf den Verkehr zu Wasser der einzelnen Städte zurückgreift, erkennt man sofort die gewaltige Bedeutung einer solchen Verteuerung. Berlin erhält auf dem Wasserwege jährlich an 7,5 Millionen Tonnen Güter aller Art. Die Schiff-ladungen gehen in der Regel auf größere Entfernung, denn bei kleiner Entfernung lohnt das Umladen von der Bahn auf die Schiffe nicht. Es dürfte sich ein Transport auf durchschnittlich ungefähr 300 Kilometer ergeben. Somit waren dann Abgaben für 2250 Millionen Tonnenkilometer zu entrichten. Rechnet man einen Durchschnittssatz von 0,06 Pfg., so beträgt das 1 350 000 Mark.

Wird so der Handel bedroht, der in letzter Linie natürlich versuchen wird, die Lasten abzuwälzen, so entstehen für einen Gewerbezweig ganz speziell große Gefahren, nämlich hier die Flußschiffahrt. Nach der Zählung von 1907 bestanden hier 16 376 Betriebe, die 65 500 Personen beschäftigten. Es gibt Betriebe von recht beträchtlichem Umfange, der größte beschäftigte damals 2084 Personen und 49 beschäftigten je über 100 Personen, zusammen 13 861 Personen. Aber im allgemeinen hat der Kleinbetrieb noch das gewaltige Übergewicht. 2599 beschäftigten nur eine Person,

7298 arbeiten mit nur 2 Personen und, diese eingerechnet, 15 464 mit höchstens je 5 Personen. Diesen kleinen Schiffen geht es herzlich schlecht. Immer mehr reihen die Großbetriebe das Geschäft an sich. Sie verfügen über eigene Schleppdampfer, während der kleine Schiffer für das Schleppen seines Rähnes schweres Geld zahlen muß und immer mehr in die Kürigkeit dieser Dampfergesellschaften gerät, denn er muß schleppen lassen. Früher zog er langsam stromaufwärts unter Segel, oder ließ den Rahn stromabwärts treiben, heute darf er es nicht mehr, denn die Frachtsätze sind so tief gesunken, daß sich das Geschäft nicht rentiert, wenn nicht viele Fahrten gemacht werden. Außerdem betreiben die großen Unternehmen das Geschäft kaufmännisch; sie haben stets Rähne zur Verfügung und haben überall Agenten, die die Aufträge entgegennehmen, während der kleine Schiffer oft genug tage-, ja wochenlang festliegt, ehe er eine Fahrt kontrahiert und Ladung aufnehmen kann.

Die Steinindustrie ist an den Schiffabgaben erheblich interessiert. Die Sandsteine der Pirnaer Gegend werden meist mittels Schiff verschickt. Die Granitindustrie in der Meißner Gegend kann nur florieren, weil sie den Wasserweg bei der Verfrachtung benutzen kann. Und meist werden nur Schottersteine und Bruchsteine von dort aus verschickt. Die Pflasterstein-industrie in Gommern, es sind dortselbst 800 Arbeiter beschäftigt, ist ebenfalls auf den Wasserweg angewiesen (Elbe). Die Odenwald-Granitunternehmer können nach den Niederlanden nur deshalb liefern, weil sie die natürliche Wasserstraße, den Rhein benutzen können. — Die gesamte Pflastersteinindustrie in Sins a. Rh. müßte unter den neuen Abgaben sehr stark leiden. Und zweifellos hat auch die bayrische Granitindustrie großen Schaden. Donauabwärts, nach Wien und Budapest, werden all-jährlich Zehntausende von Quadratmeter Pflastersteine aus dem Baysrischen verfrachtet. Bis Passau kommen dann zweifellos die Abgaben in Frage. Die österreichischen Unternehmer hätten somit den Vorteil.

## Korrespondenzen.

**Heppenheim.** Am 9. Juli fand im Lokal zur Bergstraße eine Mitgliederversammlung statt, welche gut besucht war. Kassierer Dejan gab die Abrechnung vom 2. Quartal bekannt. Dieselbe war von den Revisoren für richtig befunden worden und wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Unfre Zahlstelle zählt jetzt erfreulicherweise 116 Mitglieder. Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete an Stelle des Kollegen Vergauer, der leider noch krank ist, der Kollege Moosmüller von Kirchhaufen den Bericht vom Verbandstag. Er erhielt für seine Ausführungen allgemeinen Beifall. Betreffs Regelung der Beitrags-klassen kam es nach längerer Diskussion zur Abstimmung und wurde beschlossen, die 2. und 3. Klasse beizubehalten. Weiter wurde an die Statistik erinnert und vom Ortsstatistiker darauf hingewiesen, daß dieselbe pünktlich auszufüllen ist. Bei Punkt Verschiedenes kritisierten einige Kollegen, daß auf verschiedenen Werkplätzen nach der Position 27p unreses Tarifs, betreffs Ab-ziehen von Strafgebern von den Unternehmern und Ver-führern, Ausnahmen gemacht werden. Bei einigen Kollegen werden Abzüge gemacht, bei den andern nicht. Dadurch entsteht neue Uneinigkeit unter den Kollegen. Die Versammlung ist der Meinung, daß das Blaumachen unter allen Umständen auf-hören muß. Weiter wurde bedauert, daß nach dem Odenwald der Fremdenzustrom ein so großer ist.

**Kappelrodt.** Am 26. Juni fand in Oberkirch im Gasthaus zum Greifen eine sehr gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Vertreten waren die deutschen und italienischen Kollegen. Kollege Weindl erstattete Bericht vom Verbandstag. Redner wies hauptsächlich auf die neuen Beitragsleistungen hin. Für einen richtigdenkenden, gutorganisierten Kollegen soll es keinen Anstoß oder Widerspruch geben, wenn eine kleine Beitrags-erhöhung stattfindet. Es sollte den Kollegen die verflozene Bau-arbeiterausperrung ein Fingerzeig sein, daß wir starke Kassen haben müssen. Redner erbat reiches Beifall. Es war auch ein italienischer Referent anwesend, welcher die Ausführungen Weindls übersetzte. Sämtliche Redner begrüßten die Beitrags-erhöhung von 55 auf 60 Pfg. Besonders hob die Beitrags-erhöhung Kollege Willmeier hervor, die Kollegen sollen in der Woche ein Glas Bier weniger trinken, dann ist die Beitrags-zahlung auch leichter. Es wurde auch auf eine bessere Aus-füllung der Statistiken hingewiesen. Mit den Beschlüssen des Verbandstages erklärten sich die Kollegen vollständig einverstan-den. Die italienischen Kollegen beschwerten sich, daß der Zen-tralvorstand gegen sie so abweisend sein soll bei Anträgen auf Unterstützung. Es wird gewünscht, daß sich die Kollegen besser an der Agitation beteiligen sollen auf den einzelnen Werkplätzen. Am Nachmittag desselben Tages sprach Kollege Weindl in einer gut besuchten Versammlung zu Bühlertal. Auch dort erklärten sich die Kollegen mit den gefassten Beschlüssen einverstanden.

**Mittweida.** Unsere Mitgliederversammlung, welche im Volkshaus Rosengarten stattfand, war nur mäßig besucht. Der erste Punkt war Abrechnung vom 2. Quartal. Kollege Rich. Dehm verliest dieselbe; es wurde Entlastung erteilt. Im weiteren wird die Abrechnung vom Sommerfest bekannt gegeben. Der Ueberschuß von 24,35 Mk. wird der Kassa überwiesen. Im Punkt Tarifangelegenheiten ist die Lohnkommission genügend unterrichtet, daß Ueberschreitungen und Umgehungen des Tarifs energisch zurückgewiesen werden. Den Kartellbericht erstattet der Kollege Cl. Pippmann. Aus diesem ist zu entnehmen, daß am 31. Juli Gewerkschaftsfest stattfindet und sich jeder Kollege daran beteiligen soll. Die Herberge im Volkshaus ist nun fertig-gestellt und dem öffentlichen Verkehr übergeben. Der Vorliegende ermahnt die Kollegen, die Arbeiterpresse zu lesen und dem Sozialdemokratischen Verein beizutreten.

**Ströbel.** Sonntag, den 17. Juli, fand bei Sattler eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche mäßig besucht war. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 2. Quartal be-kannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Alsdann hielt Daubenthaler einen Vortrag über: Die Entwick-lung unfres Berufes und der Organisation. (Rebhafter Bei-fall.) Alsdann wurde zur Wahl eines Vertrauensmannes ge-schritten, da unser bisheriger wegen Zeitmangels ablehnen mußte. Es wurde Kollege Julius Köhnelt als solcher gewählt und über-nimmt er sofort die Leitung. Eine rege Debatte entpinn sich im Verschiedenen über unfren Vorstehenden vom Wahlverein. Er wollte Geld aus der Kasse geborgt haben, wir lehnten dieses aber ab. Das Statut gibt solche Vorgereien nicht zu, das mußte er wissen. Beschlusen wurde, ein Sommerfest abzuhalten. Die Entlastung über die Firma Schall ist am hiesigen Ort eine sehr große. Sie nimmt in Schleßen eine Monopolstellung mit ihrem Pflastersteinmaterial ein, und trotzdem zahlt sie so niedrige Preise. Herr Schall ist ein schwerreicher Mann geworden, seine Arbeiter haben nicht so viel, um 14 Tage Ferien machen zu können.

**Wurzen.** Die am 22. Juni stattgefundene Versammlung wies einen guten Besuch auf. Gauleiter Georg Steininger sprach über den Eisenacher Verbandstag. Seine Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Für uns kom-men bezüglich der Beitragsklassen in Betracht die 30-Pfg.-Klasse und die 50-Pfg.-Klasse. Unter den Hilfsarbeitern wird jetzt eine umfangreiche Agitation eingesezt. Wir müssen besonders die Hausagitation pflegen, welche im Beuhauer Gebiet so schöne Er-folge gebracht hat. Im Punkt Verschiedenes wurde darauf verwiesen, daß die für die hiesigen Steinbrüche von den Unter-nehmern angestellten Bruchmeister über eine bestimmte Qualifikation verfügen müssen. Die näheren Bestimmungen sollen noch erlassen werden. Das Ministerium hat somit unfrem Wunsch nicht erfüllt, aber es hat doch indirekt zugeben müssen, daß in den Steinbruchbetrieben mehr Ordnung in der Aufsicht geschaffen werden muß.